

---

## *Ergebnisse*



Gesellschaft der Freunde und Förderer des HWWI gGmbH e.V. (GdFF)

## Für alle, die etwas bewegen wollen

Das Wohl der Gemeinschaft hängt von Menschen ab, die sich in ihr engagieren – das gilt für Gesellschaften ebenso wie für Unternehmen. In diesem Sinne handeln die Mitglieder der GdFF und ermöglichen dem HWWI die unabhängige Wirtschaftsforschung und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf höchstem Niveau – auch ohne staatliche Subventionen.

In der GdFF versammeln sich Privatpersonen, die wissen, dass wissenschaftliche Unabhängigkeit für die Gesellschaft von vitalem Interesse ist, aber auch Unternehmen, die nachhaltige Entscheidungen auf der Basis neutraler Forschung treffen.

Wenn auch Sie exzellente Wirtschaftsforschung in Hamburg ermöglichen wollen und unsere unabhängige Expertise schätzen, steht Ihnen Gunnar Geyer gern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Tel: +49 (0)40 34 05 76 – 220

[www.gdff.org](http://www.gdff.org)



Gesellschaft der  
Freunde und Förderer  
des HWWI gGmbH e.V.

# Editorial

## Spannende Zeiten sorgen für neue Herausforderungen

Die Finanzmarktkrise hat nicht nur die Weltwirtschaft erschüttert. Sie bedeutet auch für die Ökonomik einen fundamentalen Einschnitt. Dabei wäre es töricht, der Volkswirtschaftslehre (VWL) die Schuld an der Finanzmarktkrise zu geben. Die Ökonomik kann genauso wenig für Fehlverhalten von Regierungen verantwortlich gemacht werden, wie die Physik für den Abwurf von Atombomben. Ebenso falsch ist es, den Volkswirten generell den Vorwurf zu machen, sie hätten die Finanzmarktkrise weder vorausgesehen, noch davor gewarnt. Es gab viele Ökonomen, die sehr wohl frühzeitig erkannt hatten, dass mit der politisch initiierten Schaffung eines gemeinsamen Euro-Raums und einer zunächst in den USA später auch in Europa verfolgten Politik des billigen Geldes eine makroökonomisch instabile Gemengelage entsteht. Dennoch wäre es einfältig, wenn die VWL zum *business as usual* zurückkehren würde. Vielmehr bietet gerade die Finanzmarktkrise eine hervorragende Gelegenheit über Stärken, aber eben auch über die Schwächen der Ökonomik nachzudenken und aus den Erkenntnissen die notwendigen Lehren zu ziehen.

Der Analyse der Stärken und Schwächen der Ökonomik und der sich daraus ergebenden Folgerungen und Begrenzungen wird sich das HWWI noch stärker als bis anhin zuwenden. Dabei sehen wir für die Zukunft der Wirtschaftswissenschaften folgende Herausforderungen: Erstens sollte das Verhältnis zwischen wissenschaftlichen Experten und Politik noch einmal klargestellt werden: »*The role of the scientist is not to decide between the possibilities but to determine what the possibilities are*« (Roger R. Pielke, *The Honest Broker*, 1990). Zweitens sollte Interdisziplinarität nicht nur in Anträgen für Forschungsgelder stehen, sondern dann auch im Forschungsalltag gelebt werden. Drittens, und das ist die schwierigste Aufgabe, müssen die wirtschaftswissenschaftlichen Methoden kritisch über-

prüft werden, damit die Ökonomik tatsächlich zu einem Erkenntnisgewinn für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft führt.

Der Erkenntnisgegenstand der Ökonomik ist und bleibt Teil einer Geistes- und Sozialwissenschaft, die – sehr weit gefasst – die Staats-, Rechts- und Politikwissenschaft sowie Geschichte und Soziologie mit einschließen. Um die Ökonomik nicht zu einem realitätsfernen und damit für die Gesellschaft nutzlosen Elfenbeinturmdasein degenerieren zu lassen, bedarf es eines pluralistischen Ansatzes. Er muss einer vielfältigen und entsprechend komplexen Wechselwirkung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft auf individueller wie auch sozialer und institutioneller Ebene Rechnung tragen. Institutionen- und Verhaltensökonomik, die Wirtschaftsethik oder die politische Philosophie liefern wesentliche Erkenntnisse für ein besseres Verständnis menschlichen Verhaltens und dessen Ursachen und Folgen. Sie machen eine inhaltliche und methodische Erweiterung der Ökonomik erforderlich. Innerhalb der Volkswirtschaftslehre müssen anthropologisch-sozialwissenschaftlich fundierte Ansätze gleichberechtigt neben jene Zweige treten, die sich auf Modelle und naturwissenschaftliche Analogien stützen. Es ist dieses Grundverständnis was Ökonomik ist, kann und was nicht, das für das HWWI in seinem Forschungsalltag leitend ist.

Mit der nun bereits vierten Ausgabe des »HWWI Insights« wollen wir nachweisen, dass unsere Studien sich von praktischen Erkenntnisgewinnen leiten lassen. Wir haben ausgewählte Auftraggeber befragt, welchen Mehrwert die Zusammenarbeit mit dem HWWI für sie hatte. Die Antworten finden Sie auf den folgenden Seiten. Davon soll auch die Diskussion um die Zukunft der Wirtschaftswissenschaften profitieren. Hierzu freuen wir uns auf Ihre Rückmeldungen.



Prof. Dr. Thomas Straubhaar  
Direktor und Sprecher der Geschäftsführung



Gunnar Geyer  
Geschäftsführer

# Inhalt

- Seite 3 Editorial
- Seite 6 Der Hamburger Hafen – weiter auf Wachstumskurs
- Seite 11 Feed|back Dr. Harald Vogelsang
- Seite 12 Zeitverwendung von Eltern im internationalen Vergleich
- HWWI INSIGHTS im Gespräch mit
- Seite 17 Dr. Jan Wedemeier
- Seite 18 Klimaschutzpotenziale im Hauswärmesektor
- Seite 23 Feed|back Dr. Peter Blauwhoff
- Seite 24 Gesundheit und wirtschaftliche Entwicklung
- Seite 28 Impulse für die bremische Mittelstandspolitik
- Seite 32 Feed|back Dr. Matthias Fonger
- HWWI INSIGHTS im Gespräch mit
- Seite 33 Prof. Dr. Stefan Kolev
- Seite 34 Der neue Methodenstreit und die alten Staatswissenschaften
- Seite 37 Feed|back Prof. Dr. med. Martin Butzlaff

Seite 38 Auf ein Wort: Stimmen aus dem Vorstand der GdFF

Seite 40 Hamburg 2020 – Chancen nutzen, Zukunft gestalten

Seite 46 Feedback Andreas Borchering

Seite 47 HWWI INSIGHTS im Gespräch mit  
Dr. Friso Schlitte

Seite 48 Wissenschaftliche Erfolge von (ehemaligen)  
HWWI-Angehörigen

Seite 50 Daten und Fakten

---

IMPRESSUM HWWI INSIGHTS – Das Magazin für Freunde und Förderer des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI)

Herausgeber Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut gemeinnützige GmbH (HWWI), Heimhuder Straße 71, 20148 Hamburg

Redaktion & Autoren Franziska Biermann, Peter Blauwhoff, Christina Boll, Andreas Borchering, Martin Butzlaff, Stefanie von Carlsburg, Rolf Eggert, Matthias Fonger, Gunnar Geyer, Elzbieta Hagemann, Ian K. Karan, Konrad Kentmann, Günther Klemm, Stefan Kolev, Barbara Launer-Effler, Leon Leschus, Nikolai Lutzky, Thilo Ramms, Nora Reich, Friso Schlitte, Sebastian Schröer, Silvia Stiller, Jana Stöver, Isabel Sünner, Mark Teuber, Harald Vogelsang, Henning Vöpel, Franz Wauschkuhn, Jan Wedemeier, Ulrich Zierahn, Joachim Zweynert

Konzept & Gestaltung B&E BILD&ERNTÉ, Hamburg  
Uwe Bohle Janßen, Hubert Rickert, Johanna Hartweg; Illustrationen: Christian Reinken, Katharina Langer (S. 38 u. 39)

Wir danken der Gesellschaft der Freunde und Förderer des HWWI gGmbH e.V. für die Unterstützung bei dieser Veröffentlichung.

# Der Hamburger Hafen – weiter auf Wachstumskurs

Text: Franziska Biermann und Mark Teuber





Der Hamburger Hafen spielt *die* zentrale Rolle für den Logistikstandort Hamburg. Mehr als ein Zehntel des gesamten europäischen Containerumschlags wird an den vier Terminals abgewickelt, und die Containerschiffe laufen von hier aus Destinationen in aller Welt an.

Der Hamburger Hafen konnte zwischen 2005 und 2008 einen Zuwachs an Containerumschlägen von rund 20 % verbuchen. Nachdem 2009 mit dem Einbruch des Welthandels auch der Umschlag im Hamburger Hafen spürbar zurückging, legte er 2010 und 2011 mit zweistelligen Wachstumsraten wieder deutlich zu und konnte Marktanteile zurückerobern. Dies zeigt die im Auftrag der Hamburger Sparkasse erstellte Studie »Gut gerüstet für die Zukunft? Der Hafen als Impulsgeber für den Logistikstandort Hamburg«.

2011 wies der Hafen mit einer Steigerungsrate von rund 14 % sogar das zweithöchste Wachstum unter den Häfen der Nordrange auf, lediglich übertroffen von den Bremischen Häfen. Das Vorkrisenniveau hat er 2011 mit 9,0 Mio. Containern jedoch noch nicht wieder erreicht. Wenn

Hamburg die in der Krise verlorengegangenen Marktanteile aufholen und durch die Abfertigung größerer Schiffe in Folge der Fahrrienenanpassung weiter ausbauen kann, könnte der Umschlag in den nächsten Jahren auf nahezu 12 Mio. TEU steigen (vgl. Maatsch/Tasto 2010). Um den wachsenden Umschlagszahlen Rechnung zu tragen, ist neben der Elbvertiefung unter anderem die Westerweiterung des Eurogate-Terminals und der Neubau des »Central Terminal Steinwerder« geplant, das neben einem Containerterminal auch für Industrieansiedlung Platz bieten soll.

Europäischer Marktführer im Bereich des Containerumschlags ist – mit deutlichem Abstand – der Hafen von Rotterdam mit fast 12 Mio. TEU im Jahr 2011. Auf Platz drei hinter Hamburg folgt Antwerpen mit 8,7 Mio. TEU. Die drei größten Häfen der Nordrange ►

Abbildung 1: Die 30 größten Containerhäfen Europas 2011

Containerumschlag in TEU

- ≤ 500 000
- 500 001 – 1 000 000
- 1 000 001 – 2 500 000
- 2 500 001 – 6 000 000
- 6 000 001 – 12 000 000



Quellen: Hafen Hamburg Marketing (2012), Port de Barcelona (2012), Port Authority of Naples (2012), Autorità Portuale di Genova (2012), Port of Taranto (2012), Eurostat (2012); Darstellung HWWI.

\* Daten für Felixstowe, Gioia Tauro und Kotka auf Basis der Daten von Eurostat für das 1. bis 3. Quartal 2011 hochgerechnet.

sind zusammen für rund zwei Fünftel des Containerumschlags der Europäischen Union verantwortlich. Während in Rotterdam Schiffe mit einem Tiefgang von bis zu 24 m einlaufen können, ist Antwerpen nach der Vertiefung der Schelde tideunabhängig bis 13 m erreichbar. Hamburg wird nach Abschluss der Elbvertiefung tideunabhängig für Schiffe bis 13,5 m und tideabhängig für Schiffe bis 14,5 m anlaufbar sein.

## Neue Konkurrenz in Sicht?

Derzeit wird diskutiert, ob – neben den klassischen Konkurrenzhäfen Rotterdam und Antwerpen – mit steigendem Wettbewerb im Fahrtgebiet Ostsee durch die Häfen von Wilhelmshaven und Danzig zu rechnen ist. Nach Fertigstellung des JadeWeserPorts sollen dort vier große Containerschiffe mit einem Tiefgang von bis zu

16,5 m gleichzeitig tideunabhängig festmachen können. Wilhelmshaven könnte daher für Schiffe attraktiv sein, die Hamburg derzeit nicht anlaufen können. Der große Vorteil des Hamburger Hafens im Vergleich zum JadeWeserPort liegt in der relativ hohen Anzahl an Gütern, die nach der Anlieferung über den Hafen in der Metropolregion Hamburg verbleiben oder hier produziert wurden. Für den JadeWeserPort fallen dagegen zusätzliche Transportkosten im Verkehr mit den Bestimmungs- oder Ursprungsregionen der Umschlagsgüter – beispielsweise Hamburg – an. Allerdings könnte der JadeWeserPort im Ostsee-Feederverkehr in Konkurrenz zu Hamburg treten.

Seit 2010 verkehrt eine direkte Linie zwischen China und Danzig, deren Ladung bislang in den Nordrange-Häfen gelöscht wurde, um dann per Feederschiff oder auf der Schiene nach Osteuropa weitertransportiert

zu werden. Sollte dieser Handelsweg ausgebaut werden, könnte Danzig zukünftig Umschlagsvolumen aus Hamburg abziehen. Der seit 2010 wieder deutlich steigende Feederverkehr aus Hamburg in Richtung Ostsee deutet jedoch darauf hin, dass der Hamburger Hafen für die Ostseeanrainer vorerst wichtigster *Transshipment*-Hafen im Europa-Fernost-Verkehr bleibt.

## Drehkreuzfunktion als Voraussetzung für Wachstum

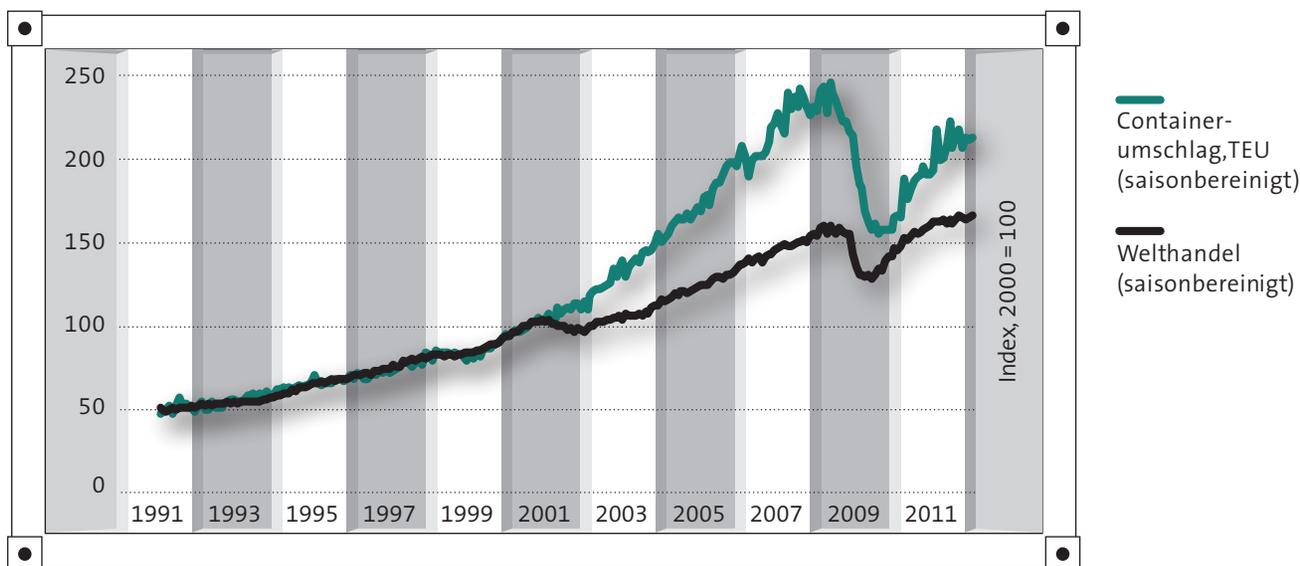
Der Hamburger Hafen fungiert als eines der großen Drehkreuze im internationalen Containerverkehr und konnte 2011 seinen 2. Platz in Europa, den es während der Krise an Antwerpen verloren hatte, zurückerobert. Der überwiegende Teil der großen Containerschiffe, die auf den für den Hamburger Hafen so wichtigen Fernost-Linien verkehren, wies in den letzten Jahren einen Tiefgang von mehr als 13,5 Metern auf und konnte den Hafen häufig nicht voll beladen anlaufen. Auf den langen Europa-Fernost-Strecken können diese Schiffe ihre Größenvorteile voll ausspielen. Auch weiterhin wird die Zahl der Schiffe mit einer Stellplatzkapazität von 7 500 TEU bis zu 18 000 TEU überdurchschnittlich wachsen. Daher sind Investitionen in die

Hafeninfrastruktur und den Fahrrinnenausbau der Elbe unverzichtbar, wenn Hamburg seine bisherige Bedeutung als *Container-Hub* beibehalten will.

Die Entwicklung des Hamburger Hafens wird maßgeblich vom Wirtschaftswachstum seiner Handelspartner beeinflusst. Das zukünftige Wachstum wird zwischen den Regionen stark differieren: Die asiatischen Schwellenländer werden innerhalb der nächsten fünf Jahre um durchschnittlich gut 8,5 % wachsen. Die Produktion in den Industrieländern wird dagegen nur um rund 2,4 % zunehmen. Mit der Ausrichtung auf die dynamischen Volkswirtschaften in Südostasien sowie Russland kann der Hafen auch weiterhin überproportional vom Anstieg des Welthandels profitieren. Für Hamburgs zehn wichtigste Außenhandelspartner im Containerumschlag werden in den nächsten Jahren überwiegend hohe Wachstumsraten zwischen 4 % und 9,5 % pro Jahr prognostiziert (vgl. IWF 2011). Aufgrund des recht hohen Güteranteils, der in der Metropolregion Hamburg verbleibt, spielt aber auch die heimische Wirtschaft eine wichtige Rolle.

Bereits in der Vergangenheit wuchsen Hamburgs Containerumschläge – aufgrund des zunehmenden Containerisierungsgrads und der Etablierung als *Container-Hub* – sehr viel schneller als der Welthandel. Mit der Erholung des Welthandels 2010 und 2011 ist diese ▶

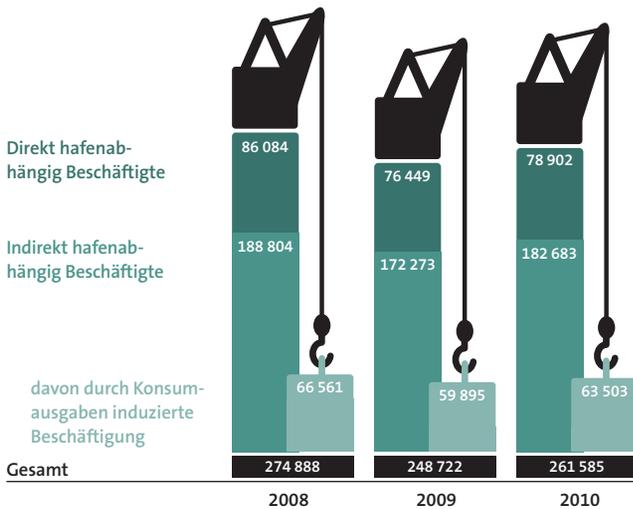
Abbildung 2: Containerumschlag des Hamburger Hafens und Welthandel, 1991 bis 2011



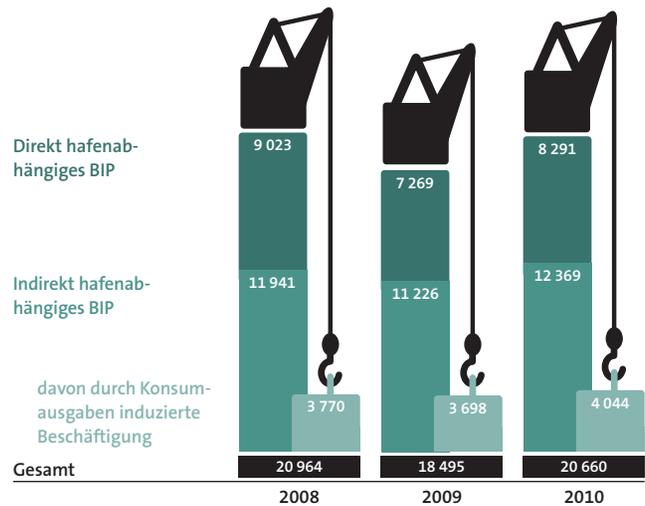
Quellen: Hamburg Port Authority (2010); Statistikamt Nord (2011); Centraal Planbureau (2011); Berechnungen HWWI. © Infografik B&E

Abbildung 3: Regionalökonomische Effekte des Hamburger Hafens insgesamt

Beschäftigtenzahlen (nach Arbeitsort)



Bruttowertschöpfung (nach Arbeitsort) in Mio. Euro



Quellen: PLANCO Consulting (2009/2010/2011); Darstellung HWWI. © Infografik B&E

Tendenz ebenfalls wieder zu beobachten (vgl. Abbildung 2). Für 2012 wird ein weltweites Exportwachstum von gut 4 % prognostiziert, von welchem auch der Hamburger Hafen profitieren wird.

## Der Hafen schafft Arbeitsplätze

Der Hamburger Hafen ist ein wichtiger Impulsgeber für die Entstehung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in der Hansestadt sowie in der Metropolregion Hamburg. Wenn die Umschlagszahlen im Hafen Hamburg zukünftig weiter steigen, resultieren hieraus positive Effekte auf hafengebundenen Branchen.

Darüber hinaus sorgt der Hafen für eine gute Verkehrsanbindung an Auslandsmärkte und macht Hamburg somit als potenziellen Ansiedlungsort für Industrieunternehmen interessant. Dies zieht wiederum positive regionalökonomische Effekte nach sich, sowohl in Hamburg selbst, als auch darüber hinaus. Dabei gibt es Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt vom Hafen abhängig sind, sowie induzierte Beschäftigung, welche aus den Ausgaben der direkt und indirekt hafengebundenen Beschäftigten resultiert. Für Hamburg lag der Anteil hafengebundenen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung im Jahr 2010 mit 133 544 Arbeitsplätzen bei

11,8 %. Darüber hinaus war der Hafen im selben Jahr direkt oder indirekt an der Erwirtschaftung von 14,2 % des Bruttoinlandsprodukts der Hansestadt beteiligt. 40 % der Beschäftigungs- und gut 30 % der Bruttowertschöpfungseffekte des Hafens werden außerhalb der Metropolregion generiert (vgl. PLANCO Consulting 2011).

Die im Vergleich zum Krisenjahr 2009 positive Entwicklung der Beschäftigung und der Wertschöpfung im Jahr 2010 zeigt, dass der Hamburger Hafen auf einem guten Weg ist, die Krise hinter sich zu lassen (vgl. Abbildung 3). Die Aussichten für eine weiterhin positive Entwicklung sind vor dem Hintergrund eines wachsenden Welthandels sehr gut. Dabei können vom weiteren Wachstum der Hafenumschläge positive Effekte auf die gesamte Metropolregion Hamburg ausgehen.

Die zukünftige positive Entwicklung von hafengebundenen Wirtschaftszweigen, zu denen beispielsweise weite Teile der Logistikwirtschaft zählen, ist von einem funktionsfähigen Hafen abhängig, der am weltwirtschaftlichen Wachstum und weiteren Anstieg des Welthandels partizipieren kann. Umgekehrt gilt, dass eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit des Hafens und hiermit einhergehend eine ungünstige Entwicklung der Umschlagszahlen sich negativ auf die Realisierung von Wachstumspotenzialen im Zusammenhang mit dem Hafen auswirkt.

## Infrastrukturmaßnahmen als Wachstumsmotoren

Eine Voraussetzung für einen effektiven Wettbewerb ist, dass die Häfen nicht durch fehlende Infrastruktur behindert werden. Dabei ist für die weitere Konkurrenzfähigkeit des Hamburger Hafens zum einen die Elbvertiefung, der inzwischen auch Schleswig-Holstein und Niedersachsen zugestimmt haben, notwendig. Ansonsten könnte Hamburg bei einer zunehmenden Zahl von großen Schiffen von einigen Liniendiensten nicht mehr angelaufen werden. Damit würden jedoch auch Größenvorteile schwinden, sodass die Position des Hamburger Hafens geschwächt würde.

Neben der Elbvertiefung ist zum anderen die Verbesserung der Hinterlandanbindung eine wichtige Voraussetzung für das weitere Wachstum des Hamburger Hafens. Ein wesentliches Projekt ist die Hafenspanne, die einen direkten Anschluss des Hafens an die Autobahnen A 7 (im Westen) und A 1 (im Osten) herstellt. Außerdem muss die Anbindung der Hafenbahn an das Bahnnetz verbessert werden.

# Feed|back

## Die spezielle Verbindung aus Regional- und Wirtschaftskompetenz des HWWI führt immer wieder zu wertvollen Erkenntnissen.

Dr. Harald Vogelsang, Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse, strategischer Partner des HWWI

Als führende Mittelstandsbank in Hamburg hat die Hamburger Sparkasse den Anspruch, ihre Kunden umfassend, kompetent und auf Augenhöhe zu beraten. Im Firmenkundengeschäft arbeiten wir daher in Branchenkompetenz-Centern, die analog zu den Wachstumsclustern der Metropolregion aufgestellt sind, und die sich auf die besonderen Bedürfnisse der Teilmärkte konzentrieren. Die strategische Partnerschaft mit dem HWWI liefert hierfür wertvolle Beiträge. Die spezielle Verbindung aus Regional- und Wirtschaftskompetenz des HWWI führt immer wieder zu wertvollen Erkenntnissen. Die Analysen unterstützen unsere Berater und Kunden dabei, ein gemeinsames Verständnis von den Chancen und Risiken der Geschäftsfelder zu entwickeln. Sie fördern unseren Austausch mit Meinungsbildnern und helfen beim Aufbau wichtiger Netzwerke.

Bei den jährlichen Kundenveranstaltungen unserer Branchenkompetenz-Center ist es zur Tradition geworden, HWWI-Studien in

Auftrag zu geben, die ein aktuelles Thema in die Diskussion einbringen. Das Haspa-Mittelstandsbarometer Hafen/Logistik 2011 analysiert die Rolle, die der Hafen für die gesamte Logistikregion einnimmt. Diese breite, Transportmittel übergreifende Perspektive beschäftigt nicht nur die großen Reedereien und Hafenunternehmen, sondern auch die vielen mittelständischen Logistikbetriebe, deren Erfolg in großem Maße von »Hamburgs Pulsgeber« abhängt.

Als Hausbank vieler Hamburger Logistikunternehmen ist es für uns außerordentlich wichtig, mit unseren Kunden ein gemeinsames Zukunftsverständnis zu entwickeln. Die Studien des HWWI tragen immer wieder dazu bei, dass wir die anstehenden privatwirtschaftlichen Investitionen noch zielgerichteter und ertragreicher auf den Weg bringen können.

# Zeitverwendung von Eltern im internationalen Vergleich

Text: Christina Boll





Die Arbeitsteilung von Müttern und Vätern in Familie und Beruf hat sich in den letzten Jahrzehnten in den meisten Ländern verschoben. Mütter gehen zunehmend einer bezahlten Erwerbstätigkeit nach, und immer mehr Väter wollen Verantwortung für Familienaufgaben übernehmen.

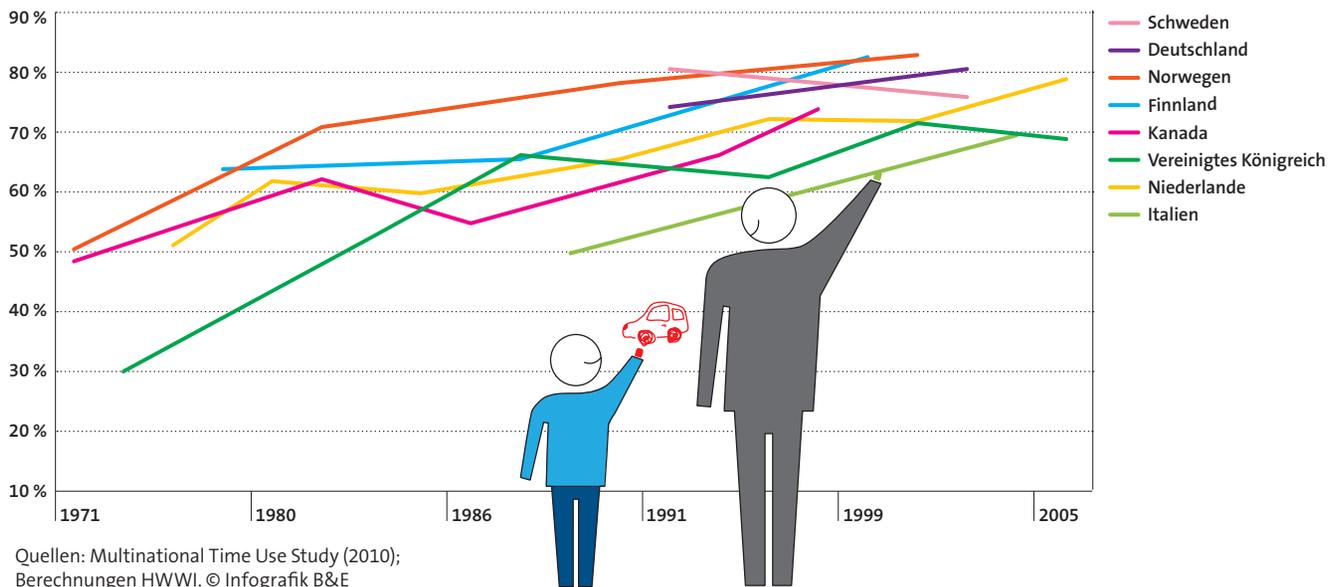
Lassen sich diese Trends in der Zeitverwendung in einschlägigen Zeitverwendungsdaten bestätigen? Und inwiefern haben arbeitsmarktbezogene oder familienpolitische Einflussfaktoren die individuelle Zeitverwendung der Eltern beeinflusst? Das Forscherteam im Themenfeld »Erwerbstätigkeit und Familie« ist im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) diesen Fragen nachgegangen und hat die Zeitverwendung von Eltern über einen Zeitraum von über 30 Jahren im internationalen Vergleich analysiert. Zu den untersuchten Ländern zählen Deutschland, Italien, das Vereinigte Königreich, Niederlande, Kanada, Schweden, Norwegen und Finnland. Als Datenbasis diente die *Multinational Time Use Study (MTUS)*, ein aus Tagebuchaufzeichnungen gewonnener Zeitbudget-

Datensatz. Die für die Studie verwendete Stichprobe umfasste für den Zeitraum 1971–2005 insgesamt 132 460 Beobachtungen verheirateter oder mit einem Partner zusammen lebender Elternteile mit einem jüngsten Kind unter fünf Jahren im Haushalt. Analysiert wurde der tägliche Zeiteinsatz in Minuten, unter anderem für Kinderbetreuung und Hausarbeit. Auch der Anteil jener Mütter und Väter, die überhaupt Zeit für diese Aktivitäten aufwenden (Partizipationsrate), wurde gemessen.

## Ergebnisse der Studie

Die Zeit, die Väter mit Kinderbetreuung und Hausarbeit verbringen, ist im beobachteten Zeitraum im internationalen Trend kontinuierlich angestiegen. Kinderbetreuung zeigte dabei einen noch deutlicheren ►

Abbildung 1: Entwicklung der Partizipationsraten der Väter an Kinderbetreuung im internationalen Vergleich (Vollzeiterwerbstätige mit jüngstem Kind unter 5 Jahren im Haushalt)



Aufwärtstrend als Hausarbeit: Nicht nur die Zeit in Minuten, sondern auch die Partizipationsrate nahm hier über die Zeit deutlich zu (vgl. Abbildung 1) und lag zur Jahrtausendwende in den untersuchten Ländern zwischen 70 und 84 %.

Auch Mütter weiteten – trotz ansteigender Frauenerwerbstätigkeit – ihre Kinderbetreuungszeit in den letzten Jahrzehnten in den meisten Ländern aus. Dies galt für teilzeit- wie vollzeiterwerbstätige Mütter und zeigt insgesamt einen Bedeutungszuwachs von Kinderbetreuung. Die Hausarbeitszeit von Müttern ging dagegen kontinuierlich zurück.

Je höher das Bildungsniveau der Väter, desto mehr Zeit verbrachten diese in der Regel mit ihren Kindern. Dies galt sowohl für den Anteil der Väter, die sich überhaupt in Kinderbetreuung engagierten, als auch für die Betreuungsminuten pro Tag.

Das unterschiedliche Niveau der Zeitverwendung kann teilweise durch die jeweiligen Arbeitszeitregime erklärt werden. So leisteten Väter in Ländern mit höherer Frauenerwerbsquote in der Regel mehr Hausarbeit als Väter in Ländern mit geringerer Erwerbsbeteiligung von Frauen (vgl. Abbildung 2). Zusätzlich ging eine höhere Vollzeitquote von Frauen mit weniger Hausarbeit von Müttern und Vätern einher.

In skandinavischen Ländern wurde eine Angleichung der Geschlechter auch durch Familienpolitik deutlich unterstützt. Hier hatten spezielle Väter-Komponenten, gekoppelt mit hohen Lohnersatzleistungen während der Elternzeit, eine förderliche Wirkung auf die Väterbeteiligung an der Kinderbetreuung. Dagegen hatte eine lange Elternzeit, insbesondere, wenn sie mit einem nur mäßigen Lohnersatz kombiniert wurde, einen negativen Einfluss auf die Kinderbetreuungszeit von Vätern.

## Familienpolitische Einordnung der Studienergebnisse

Da die Daten zum Zeitpunkt der Studie nicht über das Jahr 2005 hinausgingen, können zur Zeitverwendung der Eltern am aktuellen Rand und zu deren Beeinflussung durch aktuelle makroökonomische oder familien-

1) Boll, C., Leppin, J., N. Reich (2011): Einfluss der Elternzeit von Vätern auf die familiäre Arbeitsteilung im internationalen Vergleich, Gutachten für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), HWWI Policy Paper 59, Hamburg. Kurz- und Langfassung zum kostenlosen Download unter <http://www.hwwi.org/publikationen/publikationen-einzelsicht/einfluss-der-elternzeit-von-vaetern-auf-die-familiare-arbeitsteilung-im-internationalen-vergleich///6405.html>. Vgl. auch BMFSFJ (2012) (Hrsg.): Familienreport 2011, Seite 91-92.

politische Faktoren keine Aussagen getroffen werden. Insbesondere der Einfluss des im Jahr 2007 in Deutschland eingeführten Elterngeldes und der Elternzeit kann derzeit anhand der MTUS-Daten nicht verifiziert werden.

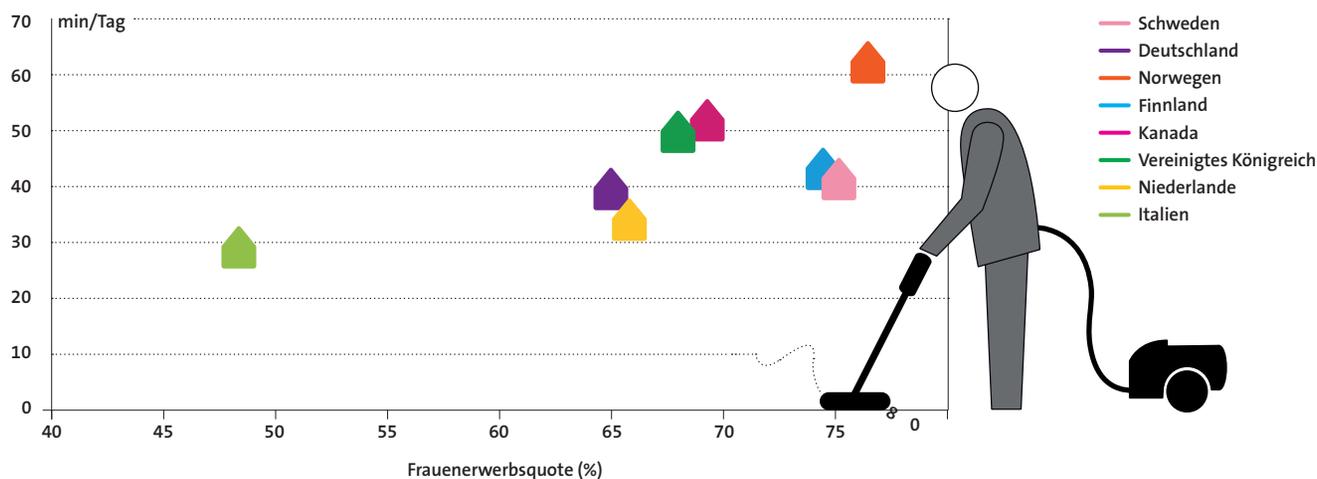
Die Erfahrungen skandinavischer Länder geben jedoch Anlass zur Hoffnung, dass diese Maßnahmen die Väterbeteiligung an Hausarbeit und Kinderbetreuung und die mütterliche Erwerbstätigkeit auch in Deutschland weiter stimulieren könnten. Und auch jüngere Entwicklungen in Deutschland stärken diese Vermutung. Die Inanspruchnahmerate des Elterngeldes durch die Väter lag zuletzt bei 25,4 % – ein Anstieg von 5,5 Prozentpunkten gegenüber dem ersten Halbjahr 2008. Zugleich zeigen neueste Untersuchungen zum Arbeitsangebot von Müttern, dass im Vergleich zum Vorgängermodell Erziehungszeit/-geld die Erwerbsbeteiligung von Müttern im ersten Lebensjahr des Kindes zwar geringer, im zweiten Jahr jedoch gestiegen ist. Allerdings wird das nachhaltige Aufbrechen tradierter Geschlechterrollen im Haushalt nur gelingen, wenn die von Vätern beantragten Zeiträume ausgedehnt und die parallele Inanspruchnahme mit der Mutter verringert werden. Derzeit bezieht aber unter den Elterngeldempfängern nur jeder vierte Vater das Elterngeld über die zwei Partnermonate hinaus, und nur 38 % der Paare erhalten das Elterngeld zeitlich nacheinander.

## Resonanz der Studienergebnisse in Wirtschaft und Politik

Wie die Studie gezeigt hat, kann die Familienpolitik zu einer Angleichung der Aufgabenverantwortung der Partner in Haushalt und Familie beitragen. Die Studienergebnisse sind daher wichtige Befunde im Zusammenhang mit der Wirkungsanalyse des Elterngeldes und der Vatermonate in der Elternzeit. **Zentrale Ergebnisse der Studie haben daher Eingang in den Familienreport 2011 der Bundesregierung gefunden** (siehe Fußnote 1).

Zeiten für Kinderbetreuung und Hausarbeit sind mit betrieblichen Arbeitszeiten und Arbeitsorten eng verknüpft. Da bot es sich geradezu an, die Ergebnisse der »Väterstudie« am 15. Mai 2012 zum Internationalen Tag der Familie in der Handelskammer Hamburg zu präsentieren. Denn die von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Hansestadt Hamburg, der Hamburger Allianz für Familien und der Handelskammer Hamburg ausgerichtete Veranstaltung stand dieses Jahr unter dem Thema »Familienbewusste Arbeitsorganisation im Betrieb/Auftrag und Herausforderung für die Unternehmensleitungen und für die Tarif- und Sozialpartner«. Auch auf dem Gesundheitstag der Hamburger Wirtschaft am 11. April 2012 in der Handelskammer ►

**Abbildung 2: Hausarbeitszeit der Väter versus Frauenerwerbsquote im internationalen Vergleich (Vollzeiterwerbstätige mit jüngstem Kind unter 5 Jahren im Haushalt, Daten für Jahrtausendwende)**



Quellen: Multinational Time Use Study (2010); Berechnungen HWWI. © Infografik B&E

Hamburg wurden Teile der Ergebnisse im Rahmen eines Vortrags im Themenblock »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« vorgestellt.

## Einbindung der Studienergebnisse in die künftige Forschung im Themenfeld »Erwerbstätigkeit und Familie« am HWWI

Auf Basis der Studienergebnisse wurden seitens des Forscherteams weitere multivariate Analysen durchgeführt, um einzelne kausale Effekte familienpolitischer Maßnahmen auf die Zeitverwendung von Vätern zu identifizieren. Dabei wird auch stärker zwischen Einflüssen auf die Partizipation und Einflüssen auf die Minuten pro Tag unterschieden. Die Ergebnisse befinden sich derzeit im Veröffentlichungsprozess. Zudem ist das Forschungsthema »Arbeitsteilung der Partner in Familie und Beruf« in weitere laufende Forschungsprojekte des Themenfeldes eingebettet. Wie internationale Studien zeigen, kann ein aktives Engagement von Vätern in der Familie auch den Kinderwunsch von Frauen und die Geburtenrate positiv beeinflussen. Das HWWI ist an der Evaluation der Wirkung ehe- und familienbezogener Leistungen auf die Geburtenrate bzw. die Erfüllung von Kinderwünschen im Auftrag des Bundesfamilien- und des Bundesfinanzministeriums beteiligt und wird in diesem Zusammenhang die Fertilitätseffekte väterlicher Zeitverwendung auf Familienarbeit weiterhin analysieren, einordnen und politische Entscheidungsträger zu diesen Fragen beraten.

Zudem ist das väterliche Engagement für Familienarbeit – neben dem Betreuungsangebot in Krippe, Kita und Hort – eine zentrale Determinante der Arbeitsmarktbeteiligung und der Einkommenserzielung von Müttern. Im Rahmen des Projektes »Unterwertige Beschäftigung von Akademikerinnen im Zusammenhang mit Familienphasen« geht das Forscherteam im Themenfeld der Frage nach, in welchem Umfang beschäftigte Akademikerinnen nach der Familienpause von beruflichen Wechseln oder Tätigkeitswechseln betroffen sind, die zu einer der formalen Qualifikation nicht adä-

quaten Beschäftigung führen, und welche Einkommensverluste den akademisch gebildeten Müttern in diesem Zusammenhang entstehen. Auch in diesem Projektzusammenhang wird wiederum die Frage eine Rolle spielen, inwiefern die Zeitverwendung von Vätern die Arbeitsmarkt-Performance von Müttern beeinflusst.

Einen weiteren Forschungsansatz verfolgt das Forscherteam mit der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen elterlicher Zeitverwendung für Familie und Beruf und den Bildungskarrieren von Kindern. Traditionelle Ansätze intergenerationaler Bildungsmobilitätsanalysen ergänzend, werden in diesem neuen multinationalen empirischen Projekt Elternhauseinflüsse auf die kindliche Bildungsentwicklung nicht nur unter dem Aspekt elterlicher Bildung, sondern auch unter dem Aspekt des elterlichen Erwerbsverhaltens empirisch evaluiert. Wie beeinflusst die elterliche Erwerbsarbeit die Ressourcen Zeit, Geld und vermittelte Wertorientierungen? Hierbei steht die mütterliche Erwerbstätigkeit im Fokus sowie die Frage, inwiefern traditionell mütterliche Betreuungsaufgaben durch den Partner sowie durch Bildungsinstitutionen (beispielsweise Ganztagschulen) übernommen werden und welche kindlichen Bildungseffekte hiervon ausgehen.

# HWWI INSIGHTS

## im Gespräch mit Dr. ...

Jan Wedemeier

### **Warum hast Du Dich damals für eine Promotion entschieden?**

Na, um Doktor zu werden. (lacht) Also, zum einen war es mir wichtig, meine Qualifikation noch weiter zu verbessern, um später zum Beispiel in Führungspositionen von Behörden, Kammern oder Unternehmen zu arbeiten. Auf der anderen Seite war für mich die Promotion notwendig, um überhaupt in wirtschaftswissenschaftlichen Themen forschen und Position beziehen zu können, was in erster Linie mein berufliches Ziel ist.

### **Selbstkritisch: Hat Dein Promotionsthema wirtschaftspolitische Relevanz?**

Ja, das hat es. Meine Dissertation trägt den Titel »*The creative sector and its impact on employment growth*« und deckt die Gründe auf, warum die Kultur- und Kreativwirtschaft durch die Wirtschaftspolitik gefördert werden sollte. Das ist neu, denn früher wurde Wirtschaftspolitik für diesen Bereich ohne Kenntnis der Theorie und Empirie betrieben. Zudem zeige ich in meiner Arbeit neue Instrumente zur Förderung

der Kultur- und Kreativwirtschaft in Städten auf.

### **Wie schätzt Du heute die beruflichen Aussichten für promovierte Volkswirte ein?**

Nach meiner Einschätzung sehr gut, da es nicht nur Einstellungsmöglichkeiten im Bereich der Forschung gibt, sondern promovierte Volkswirte auch in Banken, Behörden, Kammern, bei Unternehmensberatern, Verbänden, Versicherungen etc. benötigt werden. Gerade aufgrund der vielseitigen Themen und den unterschiedlichen Auftraggebern steigen die beruflichen Aussichten für promovierte Volkswirte.

### **Wie hast Du Promotion, Deine beruflichen Aufgaben im HWWI und ggfs. Familie unter einen Hut gebracht?**

Mit viel Arbeitseinsatz, guter Organisation, Durchhaltevermögen und einer ordentlichen Portion Geduld. Ich denke dies sind – neben der Unterstützung meines Arbeitgebers, meiner Familie und meiner Freunde – die Zutaten für das erfolgreiche Meistern dieser Dreifachprüfung.

### **Was kommt jetzt?**

Da ich gerade Vater geworden bin, freue ich mich darauf, ab Juli in Elternzeit gehen zu können, um mich erst einmal in erster Linie um meine Tochter zu kümmern. Diese Aufgabe ist sicherlich mit viel Verantwortung und Arbeit verbunden, aber auch mit viel Spaß. Ich werde die »Auszeit« aber auch für meine berufliche Zukunft nutzen, um mir neue Projektideen zu überlegen und um neue Motivation zu schöpfen.

# Klimaschutzpotenziale im Hauswärmesektor

Text: Leon Leschus und Sebastian Schröder



Das Wohnen in einem geschützten Wohnraum gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschheit. In Deutschland, wo die mittleren Jahrestemperaturen in der Regel unter 10°C liegen und die Hälfte des Jahres – oder mehr – Wohnungen beheizt werden müssen, gehört eine warme Unterkunft zu den elementaren Bedürfnissen der Bevölkerung. Gleichzeitig sollen in Deutschland der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen erheblich gesenkt werden. Nach Industrie, Gewerbe und Verkehr rückt daher auch immer mehr die Wärmeversorgung von Wohngebäuden in den Fokus. Vor diesem Hintergrund hat das HWWI in Zusammenarbeit mit Shell eine Hauswärmestudie ausgearbeitet.

## Bedeutung des Hauswärmesektors

In Deutschland gibt es heute rund 40 Mio. Wohnungen mit einer Fläche von 3,4 Mrd. m<sup>2</sup>; das sind 3 500 km<sup>2</sup> und entspricht etwa viermal der Fläche von Hamburg oder Berlin. Und trotz inzwischen rückläufiger Bevölkerungszahlen steigt die Zahl der Wohnungen und die Wohnfläche weiter. Ob Wohnzimmer, Schlafzimmer, Küche oder Bad: fast alle Wohnräume müssen beheizt werden – durch Heizungen mit Brennstoffen oder anderen Energieträgern. Entsprechend viel Energie beanspruchen die privaten Haushalte heute – 28,5 % des Endenergieverbrauchs in Deutschland. Das ist etwa genauso viel, wie der gesamte Verkehrsbereich oder die Industrie zuletzt (2010) verbrauchten.

Und auch zu den Treibhausgasemissionen tragen die privaten Haushalte wesentlich bei. Denn die Versorgung mit Hauswärme erfolgt zu rund 90 % durch konventio-

nelle Energien, insbesondere Erdgas und Heizöl, zu geringen Teilen auch noch durch Kohle. Rund 18 Mio. Feuerungsanlagen in Haushalten verursachten im Jahre 2010 Treibhausgasemissionen in Höhe von 113,1 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent; das waren 11,8 % aller direkten Treibhausgasemissionen bzw. 14,2 % der direkten energiebedingten Treibhausgasemissionen in Deutschland – hauptsächlich Kohlendioxid.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass die häusliche Wärmeversorgung immer stärker in den Fokus von Wohnungs-, Energie- und Klimapolitik rückt. Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung hat bei Wirtschaft, Politik und Verbrauchern heute eine ebenso hohe Priorität wie Umwelt- und Klimaschutz. Die Bundesregierung und auch die Europäische Union (EU) haben in den vergangenen Jahren umfangreiche Energie- und Klimaprogramme mit anspruchsvollen Zielen verabschiedet. Diese sehen vor, die Treibhausgasemissionen in der EU sowie in Deutschland im Zeitraum 1990 bis 2050 um 80 % oder mehr zu verringern.

Primäre Adressaten der bisherigen Energie- und Klimapolitik waren bislang die Industrie, die Energiewirtschaft – und der Verkehrssektor. Industrie und Energiewirtschaft haben bereits über einen längeren Zeitraum signifikante Emissionsreduktionen erbracht; und auch dem Verkehrssektor gelang vor gut 10 Jahren eine Trendwende. Gleichwohl sind Industrie, Energiewirtschaft und Verkehr weder allein noch einzeln in der Lage, die umfangreichen Klimaziele zu erreichen. Bei weiterer Fortschreibung der heutigen Energie- und Klimapolitik könnten die Treibhausgasemissionen insgesamt um etwa zwei bis drei Fünftel gesenkt werden – nicht aber um 80 % oder mehr. ►

## CO<sub>2</sub>-Einsparungspotenziale

Als nächst großer Energieverbraucher und Emittent von Klimagasen gerät deshalb nun der Energieverbrauch privater Haushalte für die Wärmeversorgung in den Fokus. Ziel der heutigen Energie- und Klimapolitik ist es, dass Nutzwärme für Wärmezwecke effizienter erzeugt und bereitgestellt wird; dass Raumwärmeerzeugung sich stärker auf alternative und erneuerbare Energietechnologien stützt und dass dadurch die Treibhausgasemissionen der privaten Haushalte deutlich sinken. Da die finanziellen Mittel auch für den Klimaschutz im Wohnungsbereich begrenzt sind, gilt es, möglichst ökonomische bzw. ökonomisch effiziente Modernisierungsstrategien für den Wohnungssektor zu entwickeln. Mit anderen Worten: Die Wärmeversorgung soll – möglichst rasch – nachhaltiger werden. Doch wie, wie schnell und unter welchen Rahmenbedingungen kann dies geschehen?

Mit der »Hauswärmestudie« soll ein Betrag zur Beantwortung genau dieser Frage geleistet werden. Ausgehend von den technischen Potenzialen werden in der Studie mithilfe von Szenario-Technik mögliche Entwicklungen der künftigen Wärmeerzeugung und -nutzung im Bereich privater Haushalte bis in das Jahr 2030 untersucht.

Die Untersuchung der technischen Potenziale erstreckt sich auf die Wärmetechnik im Gebäude, die verwendeten Brennstoffe sowie den baulichen Wärmeschutz. Heutige Brennwerttechnik ermöglicht eine nahezu optimale Brennstoffausnutzung. In weiten Teilen des Gebäudebestands werden optimierte Gas- und Ölheizungen auch weiterhin das Rückgrat der Wärmeerzeugung bilden. Allerdings gibt es bei den Wärmeerzeugern im Bestand noch erhebliche Modernisierungspotenziale.

Generell zeichnet sich jedoch ein Trend zur multivalenten Wärmetechnik bzw. Hybridisierung von Heizsystemen ab. Das heißt, mehrere Wärmeerzeuger speisen die Heizanlage der Zukunft. Das Herzstück der Heizanlage wird nicht mehr ein einziger Wärmeerzeuger, sondern ein Pufferspeicher, über den Wärmeerzeugung und -abgabe abgestimmt werden, sein. Weitere Einspar-

potenziale ergeben sich aus der integrierten Betrachtung und Optimierung von ganzen Heizsystemen.

Zunehmende Bedeutung gewinnen neue und alternative Energietechnologien, wie Wärmepumpe, Holzfeuerungen oder Solarthermie. Der Trend zu saubereren und erneuerbaren Brennstoffen und Wärmeenergien – sei es innerhalb einer Brennstoffklasse oder zwischen ihnen – setzt sich fort.

Zudem wird der bauliche Wärmeschutz immer wichtiger. Während große Teile des Wohnungsbestandes durch Wärmedämmung auf Niedrighausstandard gebracht werden können, gibt es immer strengere Gebäudeeffizienzstandards für Neubauten. Bei sehr niedrigerem Energieverbrauch wird das Nutzerverhalten bzw. die Einbindung der Nutzer durch Energiekonzepte für Hauswärme immer wichtiger.

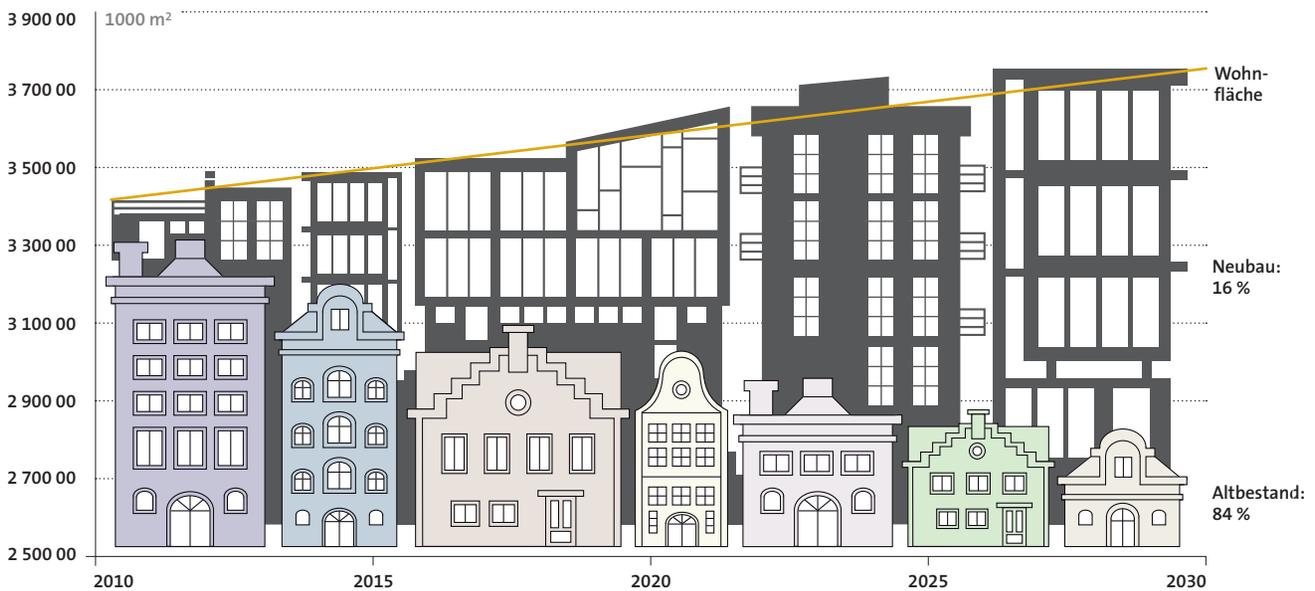
Für die Entwicklung der Szenarien wurden zunächst Strukturen und Trends bei Wohnungen, Wärmeerzeugern und Energieträgern untersucht. Anschließend wurden die wichtigsten Einflussfaktoren auf Hauswärmeversorgung und Gebäudemodernisierung dargestellt.

Projektionen zeigen, dass sich die energetische Qualität der Wohnungen über Abriss und Neubau verbessert. Bis 2030 werden rund 16 % der Wohnfläche durch Abriss und Neubau energetisch modernisiert (vgl. Abbildung 1). Der Endenergieverbrauch ohne Sanierung des Wohnbestandes würde im Vergleich zu 2008 um 10,4 % zurückgehen; die Treibhausgasemissionen sinken um 9,5 %. Auch bei einer steigenden Wohnfläche kommt es daher zu einem Rückgang des Energieverbrauchs und der damit verbundenen Treibhausgasemissionen. Aber immerhin 84 % der Wohnfläche des Jahres 2030 wird noch aus dem heutigen Wohnungsbestand stammen. Für notwendige, darüber hinausgehende Einsparungen sind Sanierungen des Wohnungsbestandes daher erforderlich. Diese werden in unterschiedlichen Szenarien betrachtet.

## Szenario »Trend«

Das einfachste Modernisierungsszenario wäre eine Fortschreibung des heutigen Trends – mit bisheriger Sanierungsrate von 1 % und bisheriger Sanierungstiefe. In diesem Fall würde der Energieverbrauch um 26,2 % und

Abbildung 1: Entwicklung des Wohnungsbestands Altbau/Neubau



Quelle: HWWI (2011). © Infografik B&E

die jährlichen Treibhausgasemissionen um 27 % sinken. Die damit verbundenen Investitionskosten belaufen sich auf 386 Mrd. Euro. Die Ziele der Bundesregierung werden damit nicht erreicht. Notwendig wäre daher eine Erhöhung der Sanierungsrate. Diese erfordert eine Verdoppelung der Investitionskosten. Weiterhin haben höhere biogene und erneuerbare Brennstoffanteile ein spürbares Potenzial zur Treibhausgasreduktion und das bei im Vergleich zu den Sanierungen geringen Kosten.

### Szenario »Trendbeschleunigung«

In einem Szenario Trendbeschleunigung wird angenommen, dass es gelingt, die Sanierungsrate von 1 % auf 2 % zu erhöhen. Dadurch steigen die Energieeinsparungen auf knapp 34 % und die Reduktion der jährlichen Treibhausgasemissionen auf knapp über 39 %. Die für die Einsparungen notwendigen Investitionskosten belaufen sich auf 744 Mrd. Euro und liegen damit etwa doppelt so hoch wie im Trendszenario. Betrachtet man die kumulierten Treibhausgasemissionen bis 2030, so beträgt der Unterschied zwischen Trend und Trendbeschleunigung 10,6 %.

Um die Potenziale von erneuerbaren Energien zu beleuchten, werden in beiden Trendszenarien ein wachsender Anteil von Biogas und Bioöl sowie ein kohlen-

stoffärmerer Strommix angenommen. Beginnend mit 2 % im Jahr 2012 wird der Anteil der nachhaltigen Bio-komponenten jährlich um jeweils einen Prozentpunkt erhöht. Im Jahr 2030 beträgt der Anteil dann 20 %. Beim Strom erhöht sich der Anteil erneuerbarer Energien nochmals, und zwar von heute 14,5 % auf 55,0 % statt auf 45,4 % im Jahr 2030 – wie in allen übrigen Szenarien.

Sofern keine Sanierung (aber Neubau und Abriss) stattfindet, gehen Treibhausgasemissionen im Jahr 2030 um 18,8 % zurück und damit doppelt so stark wie ohne Bio-komponenten und Erneuerbare. Im Szenario Trend gehen die Emissionen um 34,6 % statt um 27 % und im Szenario Trendbeschleunigung um 45,5 % statt um 39 % zurück. Somit hat die Beimischung von Bio-komponenten und Erneuerbaren ein spürbares Potenzial zur Treibhausgasreduktion. Dies gilt insbesondere, da die Beimischung von Biokomponenten im Verhältnis zu den Sanierungen geringe Kosten verursacht.

### Sanierung schnell oder umfassend?

Um die Sanierung zu beschleunigen, müssen gegebenenfalls staatliche Anreize gesetzt werden. Dabei stellt sich die Frage nach dem Umfang der einzelnen Sanierungsmaßnahmen. Da Budgetrestriktionen – für Regierungen wie für private ►

Tabelle 1: Ergebniswerte der Szenarien im Vergleich

Szenario	Jahr	Verbrauch in kWh/m <sup>2</sup> a	Emissionsreduktion gegenüber 2008 in %	Sanierungskosten in Mrd. €	Sanierte Fläche in Mio. m <sup>2</sup>	Anteil der sanierten Fläche an der Ge- samfläche in %	Investitionskosten p.a. in €/tTHG
Basiswert	2008	162,04					
Trend	2020	126,4	18,53	252,2	511,2	1,13	9.297
	2030	108,56	26,97	385,8	815,7	1,0	10.474
Trendbeschleunigung	2020	114,08	27,33	511,3	1.084	2,4	15.017
	2030	93,16	39,18	743,5	1.624	2,0	14.561
Schnell	2020	115,57	26,31	490,2	1.433	3,18	13.791
	2030	93,63	38,93	743,5	2.022	2,5	13.979
Umfassend	2020	112,97	28,14	472,6	869,8	1,93	11.975
	2030	89,02	43,75	743,5	1.321	1,62	12.112

Quellen: HWWI. © Infografik B&E

Haushalte – eine große Rolle spielen, sollte die energetische Sanierung möglichst (kosten)effizient durchgeführt werden. Um die Effizienz verschiedener Sanierungsstrategien zu beurteilen, wurden in der Studie zusätzlich zwei weitere Szenarien berechnet: das Szenario Schnell und das Szenario Umfassend. In diesen wurde bei gegebenen Sanierungskosten geprüft, ob es entweder sinnvoll ist, immer vollständige Sanierungen vorzunehmen oder eher schrittweise vorzugehen und zunächst die günstigsten Sanierungen durchzuführen. Tabelle 1 zeigt die Ergebniswerte der vier Szenarien im Vergleich.

Die schnelle und günstige Sanierung hat den Vorteil, dass bei gegebenen Kosten eine größere Fläche saniert werden kann. Bei der umfassenden Sanierung besteht der Vorteil darin, dass bei jeder einzelnen Sanierung das technisch Maximale erreicht wird. Deshalb müssen einmal sanierte Gebäude nicht noch einmal saniert werden. Im Ergebnis können im Szenario Schnell bei einer durchschnittlichen Sanierungsrate von 2,5 % über 2 Mrd. m<sup>2</sup> saniert werden, im Szenario Umfassend bei einer Sanierungsrate von 1,6 % aber nur 1,3 Mrd. m<sup>2</sup>. Bei der schnellen Sanierung werden rund 39 % der Treibhausgasemissionen eingespart, bei der höheren Sanierungstiefe 43,8 % erreicht. Die bis 2030 kumulierten Emissionen unterscheiden sich etwas geringfügiger.

Die höheren Einsparungen sprechen auf den ersten Blick dafür, insbesondere die umfassende Sanierung zu

fördern. Die umfassende Sanierung erfordert hohe Investitionen in eine relativ kleine Fläche. Insofern müssten wenige Haushalte hohe Investitionskosten tragen. Dies könnte selbst bei hoher staatlicher Förderung dazu führen, dass die angestrebte Sanierungsrate nicht erreicht wird. Sollte diese nicht erreicht werden, sondern bei einer umfassenden Sanierungsstrategie nur eine Sanierungsrate wie in der Vergangenheit von 1 %, würden die Einsparungen bei den jährlichen Treibhausgasemissionen nur 31 % betragen.

Trotz einer hohen Förderung würden die Klimaziele nicht erreicht werden, da der hohe fallweise Investitionsaufwand für die jeweiligen Sanierungen abschreckend wirkt. Hier zeigt sich, dass für die Sanierungsrate nicht nur die Kosten insgesamt, sondern auch deren Verteilung relevant sind. In der obigen Tabelle sind die Ergebnisse der einzelnen Szenarien nochmals zusammengefasst.

Abschließend lässt sich festhalten, dass strenge Gebäudeeffizienzstandards sich beim Neubau als kostengünstiges Instrument bewährt haben. Strenges Ordnungsrecht führt jedoch im Wohnungsbestand nicht zum gewünschten Modernisierungseffekt. Im Gegenteil, selbst kostengünstige Sanierungsschritte – wie der Austausch alter Heizkessel – finden nur noch ausgesprochen zögerlich statt. Wenn der Sanierungsrate eine sehr viel höhere Bedeutung zukommt als der Sanierungstiefe, sollte die Politik vor allem darauf abzielen, diese zu erhöhen.

## Shell Hauswärme-Studie – ein voller Erfolg!

Dr. Peter Blauwhoff, Vorsitzender der Geschäftsführung, Deutsche Shell Holding GmbH, Hamburg

Shell nutzt seit Jahrzehnten Szenario-Techniken – zur Vorbereitung von robusten Geschäftsentscheidungen, aber auch als Beitrag zu wichtigen gesellschaftlichen und politischen Debatten. In Deutschland erstellt und veröffentlicht Shell seit 1958 Szenarien – vor allem zu Fragen der Automobilität.

Nachdem sich die energie- und klimapolitische Debatte in Deutschland zunächst auf Energiewirtschaft und Straßenverkehr konzentriert hat, rückt nun zunehmend der Haushaltssektor in den Fokus. Immerhin verbrauchen die privaten Haushalte in Deutschland 28,5 % der Endenergie, der gesamte Gebäudesektor sogar rund 40 %.

Als Energieproduzent und -anbieter ist auch Shell an den mittelfristigen Perspektiven des Hauswärmesektors interessiert. Deshalb hat sich Shell zur Jahreswende 2010/11 entschlossen, für den Hauswärmebereich eine weitere Shell Studie zu erstellen.

Shell Szenarien bestehen in der Regel aus drei Komponenten: Zunächst werden wichtige Daten, Fakten und Trends des jeweiligen Verbrauchssektors aufbereitet. Dann werden die technischen Potenziale

der relevanten Energietechnologien analysiert. Schließlich werden verschiedene Szenarien – man kann auch sagen alternative Zukünfte – erstellt und berechnet. Während sich Shell bei der Abschätzung technischer Potenziale auf eigene Expertise stützt, wird für die Entwicklung von Szenarien in der Regel ein ausgewiesenes Forschungsinstitut herangezogen.

Für die Shell Hauswärme-Studie hat Shell das HWWI ausgewählt. Bereits in der Vergangenheit hat das HWWI für Shell zwei Studien zum Thema Biokraftstoffe angefertigt und auch Teile der Szenario-Berechnungen für die Shell Pkw-Szenarien und die Shell Lkw-Studie vorgenommen. Für die neue Shell Hauswärme-Studie zeichnete sich das HWWI vor allem durch Forschungsschwerpunkte in den Bereichen Immobilienökonomie, Energie und Klima aus. Zusammen mit der Shell Expertise in der Energietechnik konnten damit alle relevanten Forschungsschnittstellen abgedeckt werden.

Die Shell Hauswärme-Studie bietet nicht nur eine einzigartige kompakte Darstellung aller Optionen und Potenziale für den Hauswärmesektor bis in das Jahr 2030.

Das HWWI hat überdies ein Modell des gesamten deutschen Wohngebäudebestandes entwickelt, mit dessen Hilfe diverse Szenarien für künftigen Endenergieverbrauch, Treibhausgasemissionen und Investitionskosten in Abhängigkeit unterschiedlicher Sanierungspfade abgeschätzt werden.

Die Studie wurde am 1. Dezember 2012 von Shell und dem HWWI gemeinsam Medienvertretern im Haus der Bundespressekonferenz sowie weiteren Experten und einer interessierten Öffentlichkeit in der Hamburgischen Landesvertretung in Berlin präsentiert. Die Studie findet sowohl in den Medien als auch bei relevanten Stakeholdern und Entscheidungsträgern breite und vielfach positive Resonanz.

# Gesundheit und wirtschaftliche Entwicklung

Text: Jana Stöver und Henning Vöpel

Eine Forschungsinitiative des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts und des Bernhard-Nocht-Instituts

**Das HWWI kooperiert mit dem Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin in der Analyse der sozio-ökonomischen Auswirkungen von tropischen Infektionskrankheiten. Die Kooperation dient der Beantwortung von medizinisch-ökonomischen Fragestellungen sowie der wissenschaftlichen Vernetzung und der Förderung des Austausches zwischen den Disziplinen. Das HWWI freut sich, ein so renommiertes Institut als Partner gewonnen zu haben.**

*»Bis 2015 soll die Ausbreitung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten weltweit gestoppt und allmählich verringert werden.«*

Diese Zielsetzung ist Teil von Ziel 6 der *Millenium Development Goals*, die im September 2000 in einer gemeinsamen Erklärung von allen Mitgliedsländern der Vereinten Nationen verabschiedet wurden. Knapp eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu medizinischer Basisversorgung und mehr als 15 Mio. Menschen sterben weltweit jährlich an heilbaren Krankheiten wie Durchfall, Malaria und Tuberkulose, ca. fünf Mio. davon wegen mangelnden Zugangs zu sauberem Trinkwasser. Dies trifft fast ausnahmslos Menschen mit niedrigem Einkommen in Entwicklungsländern.

In diesen Ländern ist die Lebenserwartung von 57 Jahren erheblich niedriger als in reichen Ländern, wo sie bei 80 Jahren liegt (vgl. Tabelle 1). Besonders Infektionskrankheiten wie Malaria, Tuberkulose und Durchfall weisen Eigenschaften bezüglich Übertragung, Verlauf und Behandlung auf, die dazu führen, dass Arme besonders gefährdet sind (s. Interview).

Armut und Krankheit verstärken sich oft gegenseitig. Haushalte mit niedrigem Einkommen müssen bei Krankheitsfällen zum Beispiel eher auf die Ausbildung, insbesondere ihrer Kinder, verzichten. Als mögliche

Folge »vererbt« sich Armut auf die folgende Generation (vgl. Seite 26 und 27) Gesundheit ist zudem ein wichtiger Faktor für die Produktivität eines Haushalts und somit für seine wirtschaftliche Entwicklung. Einkommen und Gesundheit hängen dabei wechselseitig voneinander ab. Bei dem Versuch, diesen »Teufelskreis« zu durchbrechen, kommen Gesundheitsversorgung und Prävention eine zentrale Bedeutung zu.

Folgende langfristige Entwicklungen werden voraussichtlich starke Auswirkungen auf die Verbreitung, Übertragung und Folgen von Infektionskrankheiten haben: Wirtschaftliche Globalisierung wirkt über eine stärkere Vernetzung. Der Klimawandel hat zudem diverse Auswirkungen auf die Eigenschaften von Infektionskrankheiten. Zunehmende Urbanisierung führt zu veränderten Übertragungsraten.

Diese Veränderungen haben potenziell weitreichende gesellschaftliche und ökonomische Folgen. Deren Untersuchung ist das Ziel der interdisziplinären Forschungsk Kooperation von HWWI und Bernhard-Nocht-Institut. Der gemeinsame Ansatz von Medizin und Ökonomie soll es vor dem Hintergrund von Globalisierung, Klimawandel und Urbanisierung ermöglichen, im Bereich »*Public Health*« effektive Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung von Infektionskrankheiten zu identifizieren.

**Tabelle 1: Lebenserwartung und Kindersterblichkeit nach Einkommensgruppen 2011**

Ländergruppe	Lebenserwartung bei Geburt (in Jahren)	Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren (pro 1000)
Niedrige Einkommen	57	117
Untere und mittlere Einkommen	68	57
Obere und mittlere Einkommen	71	22
Hohe Einkommen	80	7

Quelle: WHO (2011), Global Health Indicators

Das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin wurde 1900 als »Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten« vom Marinearzt Bernhard Nocht gegründet – als Reaktion auf eine Cholera-Epidemie, die in Hamburg mehr als 9 000 Todesopfer forderte. Heute steht die Forschung im Mittelpunkt, aber auch Lehre, Beratung und Versorgung gehören zu den Leistungen. Das Institut vereint hoch technologische Laboruntersuchungen zur Biologie von Krankheitserregern, Immunologie und Genetik, klinischen Studien, Epidemiologie und Krankheitsbekämpfung in den Endemiegebieten der Tropenkrankheiten.

## Drei Fragen an Prof. Dr. Rolf Horstmann, Vorsitzender des Vorstandes, Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin in Hamburg:

### 1. Welche Bedeutung haben Infektionskrankheiten heute für Betroffene und für Gesellschaften?

Während die Bevölkerung einkommensschwacher Länder von jeher schwer unter Infektionskrankheiten leidet, kehrte bei uns die Bedrohung mit AIDS zurück. Seither haben antibiotikaresistente Bakterien, Ausbrüche von SARS, Schweinegrippe und EHEC mit Macht unsere Verwundbarkeit durch Infektionen demonstriert. Zudem stellen wir in den letzten Jahren erstaunt fest, dass exotische Infektionen wie Dengue- und Chikungunya-Fieber, die wir fernen Ländern zugeordnet hatten, plötzlich vor unserer Haustür in Südfrankreich und Norditalien auftauchen.

### 2. Welche »Eigenschaften« machen Infektionskrankheiten aus medizinischer Sicht so speziell?

Infektionskrankheiten befallen uns akut und ohne Vorwarnung. Für den Einzelnen erscheinen sie daher besonders bedrohlich: Epidemien rufen nicht selten panikartige Reaktionen hervor. Vor allem aber erscheinen sie vermeidbar, und anders als bei anderen Erkrankungen wird ihre Vermeidung – vielleicht mit Ausnahme von AIDS – nicht als Aufgabe des Einzelnen, sondern als Aufgabe der Gesellschaft gesehen.

### 3. Warum ist es sinnvoll, neben der medizinischen Erforschung auch mehr über die ökonomischen Auswirkungen von Infektionskrankheiten zu wissen?

In einkommensschwachen Ländern verursachen Infektionskrankheiten kaum zu bemessende finanzielle Verluste und insbesondere enorme humanitäre Belastungen. Daher neigen Politiker dazu, sie nicht öffentlich zu thematisieren und sie zu verdrängen oder zu verschweigen. Umso wichtiger ist es, entstehende Kosten und finanzielle Einbußen wissenschaftlich fundiert zu bemessen, um überzeugend darstellen zu können, dass sich Aufwendungen für Bekämpfungsmaßnahmen lohnen. Da bei uns Probleme überwiegend durch Epidemien auftreten, verursachen sie in der Regel vorübergehende Krisen, die rasch in Vergessenheit geraten und deren Kosten man unterschätzt.

# »Vererben« von Infektionskrankheiten:

Wie ökonomische Mechanismen wirken und welche neuen Herausforderungen sich daraus ergeben

## Gesundheitsrisiken

Das Risiko zu erkranken, ist in Entwicklungsländern für Menschen mit niedrigem Einkommen besonders hoch. Häufig werden keine Impfungen durchgeführt, fehlender Zugang zu sauberem Trinkwasser führt zur Verbreitung von Krankheiten, Mangelernährung erhöht außerdem die Anfälligkeit des Immunsystems für Krankheiten.

Darüber hinaus deckt die Gesundheitsversorgung dieser Menschen vielfach nicht einmal die Grundbedürfnisse ab, sodass selbst einfach zu behandelnde Krankheiten gravierende Risiken darstellen.

Sie sind also in zweifacher Weise einem erhöhtem Gesundheitsrisiko ausgesetzt: Einerseits können sie sich nicht so gut vor einer Infektion schützen und andererseits bekommen sie nach einer Infektion keine ausreichende Versorgung. Gerade Infektionskrankheiten wie Malaria oder Tuberkulose stellen daher ein Gesundheitsrisiko besonders für ärmere Bevölkerungsteile dar.

## Einkommensrisiken

Generell ist das Einkommensrisiko für Haushalte mit niedrigem Einkommen höher, da diese häufig nicht über die Möglichkeit verfügen, sich gegen einen möglichen Einkommensausfall zu versichern oder ihn durch Kreditaufnahme zu überbrücken. Als Beispiel kann ein Ernteausfall infolge einer Dürre dienen, der zu einem Einkommensverlust führt. In gleicher Weise erhöht ein geringes Einkommen auch im Bereich der Gesundheit das Einkommensrisiko. Die Auswirkungen eines exogenen Schocks, wie ein Krankheitsfall in der Familie, wird dadurch verstärkt. Der Ausfall muss dann innerhalb des Haushalts kompensiert werden.

## Einkommen der folgenden Generation

Die Einkommen zukünftiger Generationen hängen unter anderem von den heutigen Investitions- und Spezialisierungsentscheidungen ab. Der Haushalt kann zwar durch die getroffenen Entscheidungen seine Existenz sicherstellen, aber durch die geringeren Investitionen in Humankapital und den niedrigeren Spezialisierungsgrad bleiben Produktivität und Einkommen auch in der folgenden Periode niedriger. Daher werden die hohen Gesundheits- und Einkommensrisiken auf die folgende Generation übertragen.

## Spezialisierung

Haushalte können sich spezialisieren, indem sie sich auf die Ausübung bestimmter Tätigkeiten in einem Bereich konzentrieren. Dadurch kann im Normalfall ein höheres Haushaltseinkommen erzielt werden. Je spezialisierter ein Haushalt ist, desto anfälliger ist er jedoch für Schocks, die zum Beispiel durch eine Erkrankung hervorgerufen werden können. Haushalte mit niedrigem Einkommen werden durch solche Schocks c.p. stärker getroffen. Deshalb wählen Haushalte mit niedrigerem Einkommen c.p. einen niedrigeren Spezialisierungsgrad.

Klimawandel, Urbanisierung und Globalisierung können in Zukunft dazu führen, dass sich die Einkommens- und Gesundheitsrisiken regional und individuell in unterschiedlicher Weise verändern.

### Produktivität des Haushalts

Die Produktivität steigt mit zunehmender Spezialisierung und vermehrtem Wissen. Die Entscheidung des Haushalts, sich in einem geringeren Ausmaß zu spezialisieren und weniger in Humankapital zu investieren, verringert folglich dessen Produktivität.

Als ökonomische Entscheidungseinheit werden typischerweise Haushalte betrachtet. Das bedeutet, dass Haushaltsentscheidungen als Verhandlungslösung aller Haushaltsmitglieder aufgefasst werden können. Der Haushalt trifft die Entscheidungen dabei unter bestimmten Erwartungen/Risikoeinschätzungen. Diese Entscheidungen schließen den Umfang von Bildungsinvestitionen und Arbeitsangebot des Haushalts ein.

### Investition in Humankapital

Innerhalb des Haushalts wird darüber entschieden, wer/wann/wieviel/welche Art von (Aus-)Bildung bekommt. Durch die Aneignung von zusätzlichem Wissen investiert der Haushalt in sein Humankapital. Investitionen stellen dabei einen Verzicht auf heutiges Einkommen zugunsten höherer zukünftiger Einkommen dar. Sie sind unter Unsicherheit niedriger. Da Haushalte mit geringem Einkommen unter größerer Unsicherheit entscheiden als Haushalte mit höherem Einkommen, tätigen sie geringeren Umfang Investitionen in Humankapital.

abc

### Literaturhinweise:

#### Verbreitung von Krankheiten

- World Health Organization (2011): World Health Statistics 2011.
- Bernhard-Nocht-Institut (2009): Scientific Report.
- Wagstaff, A.; Lindelow, M. (2010): Are Health Shocks Different? – Evidence from a Multi-Shock Survey in Laos, in: World Bank Policy Research Working Paper.

#### Exogene Risiken, Schocks, Entscheidungen unter Unsicherheit

- Eswaran, M.; Kotwal, A. (1990): Implications of Credit Constraints for Risk Behaviour in Less Developed Economies, in: Oxford Economic Papers.
- Townsend, R. M. (1995): Consumption Insurance: An Evaluation of Risk-Bearing Systems in Low-Income Economies, in: Journal of Economic Perspectives.

#### Endogene Haushaltsentscheidungen

- Becker, G. S. (1962): Investment in Human Capital: A Theoretical Analysis, in: The Journal of Political Economy.

#### Mikroökonomische Auswirkungen

- Card, D. (2010): Estimating the returns to Schooling: Progress on Some Persistent Problems, in: Econometrica.
- Miguel, E.; Kremer, M. (2004): Worms: Identifying Impacts on Education and Health in the Presence of Treatment Externalities, in: Econometrica.

#### Intergenerative Übertragung

- Smith, J. P. (2009): The impact of Childhood Health on Adult Labor Market Outcomes, in: Review of Economics and Statistics.
- Cervellati, M.; Sunde, U. (2005): Capital Formation, Life Expectancy, and the Process of Development, in: The American Economic Review.

#### Makroökonomische Auswirkungen

- Aghion, P.; Howitt, P.; Murtin, F. (2011): The Relationship Between Health and Growth: When Lucas Meets Nelson-Phelps, in: Review of Economics and Institutions.
- Strauss, J.; Thomas, D. (1998): Health, Nutrition and Economic Development, in: Journal of Economic Literature.

# Impulse für die bremische Mittelstandspolitik

Text: Nikolai Lutzky, Isabel Süner und Thilo Ramms



Von 2002–2007 wurde im Land Bremen eine Mittelstandsenquôte durchgeführt, die auf Basis überregionaler Benchmarks wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen für die Standorte Bremen und Bremerhaven formuliert hat.<sup>1</sup>

Das HWWI hat 2011/12 im Auftrag der Handelskammer Bremen, der Unternehmensverbände im Lande Bremen sowie der IHK Bremerhaven den Stand der **Umsetzung** überprüft und eine bedarfsgerechte **Fortschreibung** vorgenommen. Ausgewählte Ergebnisse werden im Folgenden aufgezeigt:

Schon während der Laufzeit der Mittelstandsenquôte konnten konkrete Verbesserungen von Standortbedingungen, Dienstleistungen und Förderangeboten für den Mittelstand erreicht werden. So wurden umfangreiche Aktivitäten zum Bürokratieabbau eingeleitet und Verbesserungen bei der Unterstützung nachhaltiger Existenzgründungen angestoßen.

Zudem wurde mit der Verabschiedung des Bremischen Gesetzes zur Förderung von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen

2006 ein verbindlicher Rahmen für alle mittelstandsbezogenen Aktivitäten im Land Bremen geschaffen.

### Mittelstandsgerechte Rechts- und Verwaltungsvorschriften

Die Regelung der Beziehungen des Staates zu und zwischen seinen Bürgern, Gewerbetreibenden und Unternehmen über Gesetze und Verordnungen ist eine wesentliche Aufgabe des modernen Rechtsstaats. Rechtsnormen können jedoch auch die Entfaltungsmöglichkeiten von Unternehmen begrenzen und Kosten verursachen.

Um den bremischen Normbestand bedarfsgerecht, aktuell und übersichtlich zu gestalten, hat die Mittelstandsenquôte folgende Empfehlungen gegeben:

- Überprüfung bestehender Rechts- und Verwaltungsvorschriften; Bereinigung bzw. Anpassung des Bestands.
- Einführung gestaffelter Verfallsfristen für die bestehenden Regelungen.
- Einführung einer generellen Verfallsfrist für alle neuen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

#### Stand der Umsetzung

Mit der Überprüfung der bestehenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Zuge des Ersten und des Zweiten Rechtsbereinigungsgesetzes 2004–06 und der Außerkraftsetzung von 71 von 687 Normen (ca. 10 %) hat Bremen eine zentrale Empfehlung der Mittelstandsenquôte umgesetzt.

Ebenfalls realisiert wurden die Empfehlungen, gestaffelte Verfallsfristen für bestehende Regelungen und eine generelle Verfallsfrist für neue Rechts- und Verwaltungsvorschriften einzuführen. Dadurch ergibt sich eine regelmäßige Überprüfung ►

1) Die Mittelstandsenquôte Bremen wurde als partnerschaftliches Projekt von Politik und Wirtschaft getragen (Auftraggeber: Förderverein für Mittelstandsforschung e.V., Handelskammer Bremen, Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, Der Senator für Wirtschaft und Häfen, Die Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V., Wolfgang-Ritter-Stiftung).

des Normbestandes bzw. eine Verstärkung der Rechtsbereinigung. Eine solche ist unter anderem deshalb erforderlich, weil bei der Umsetzung von Bundes- und EU-Recht sowie durch Modernisierungserfordernisse in einzelnen Rechtsbereichen immer wieder neue Gesetze und Verordnungen erlassen werden müssen.

Aktuell gefährdet eine geplante Anpassung des Verfahrens die bisherigen Erfolge, die nur noch in begründeten Einzelfällen eine Befristung vorsieht.

#### **Empfehlungen zur weiteren Umsetzung:**

- Weiterhin grundsätzliche Befristung aller Gesetze und Verordnungen.
- Zeitliche Entzerrung der Überprüfung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften durch Staffelung der Gültigkeitsfristen (zwischen 5 und 10 Jahren).
- Inhaltliche Überprüfung bestehender Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit dem Ziel der Vereinfachung von Verwaltungsabläufen zur Reduzierung des Normbestandes und zur Senkung des Bürokratieaufwandes.

## Unternehmensbezogene Förderung

#### **Beispiel Unternehmensnachfolge**

Unter günstigen Voraussetzungen können im Zuge einer Unternehmensnachfolge lebensfähige und zukunftssträchtige Unternehmen gesichert werden. Besonders Familien-

unternehmen sind aufgrund ihrer Struktur häufig von Nachfolgeproblemen betroffen, die ihren Fortbestand gefährden.

Die Empfehlungen der Mittelstandsenquête zeigen, dass der Schlüssel zum Erfolg beim Thema Unternehmensnachfolge wesentlich darin zu suchen ist, die betroffenen Unternehmer frühzeitig für die Problematik zu sensibilisieren:

- Unternehmensnachfolge als Schlüsselthema für unternehmerische und regionalwirtschaftliche Stabilität kommunizieren.
- Das Thema Unternehmensnachfolge »enttabuisieren«.
- Die aktive Ansprache von potenziellen Nachfolgern durch Organisationen der Wirtschaft und der Wirtschaftsförderung.
- Notfall-Nachfolge: Vorsorge für unerwartete Nachfolgefälle.

#### **Stand der Umsetzung:**

Das Spektrum an vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Land Bremen ist gut strukturiert und ausreichend breit angelegt. Im Sinne der Mittelstandsenquête wurden folgende Maßnahmen umgesetzt:

- INUNA (seit 2007): eine Partnerschaftsbörse für Unternehmer und Nachfolger. Die Datenbank ist als Intranet beim RKW Bremen angesiedelt und kann ausschließlich von Partnern des Nachfolge-Netzwerkes (Kammern, Wirtschaftsförderung) eingesehen werden.
- Initiative »Generation 50+« der Sparkasse Bremen: Unternehmer der entsprechenden Altersgruppe

werden von ihren Kundenberatern gezielt auf das Thema Nachfolge angesprochen und auf Wunsch bei deren Vorbereitung und Umsetzung unterstützt.

- »Notfall-Ordner«: Die Sparkasse Bremen hat ein solches Tool für ihre Firmenkunden entwickelt (Inhalt zum Beispiel Regelung der Stellvertretung, Vollmachten).

Aufgrund der Tabuisierung des Themas bei vielen Unternehmern werden die Unterstützungsangebote allerdings teilweise nur unzureichend in Anspruch genommen.

#### **Empfehlungen zur weiteren Umsetzung:**

- Bekanntheitsgrad der vorhandenen Unterstützungsangebote steigern.
- Aufstockung der Mittel für die Vermarktung der existierenden Angebote.
- Fortlaufende Weiterentwicklung des Förderinstrumentariums durch die Netzwerkpartner.
- Zuschnitt der Unterstützungsangebote über den Tag der formalen Übergabe hinaus/»Nachsorge«.
- Einen Königsweg bei der Unternehmensnachfolge gibt es nicht; jede Nachfolge muss individuell gelöst werden.

#### **Beispiel Schule-Wirtschaft**

Schulen sollen sowohl Kenntnisse der Unternehmenswelt vermitteln als auch gründungsrelevante Eigenschaften frühzeitig und gezielt fördern (»Entrepreneurship Education«).

Die Mittelstandsenquête hat konkrete Maßnahmen zur kontinu-

ierlichen Vermittlung wirtschaftlicher Kenntnisse und unternehmerischen Denkens an Schulen des Landes Bremen empfohlen, unter anderem:

- verstärkte Kooperation der Bremer ExistenzGründungsInitiative B.E.G.IN mit dem Landesinstitut für Schule (LIS),
- Erweiterung der Lehr- und Aktionsangebote in Bremen durch Kooperation mit Partnern in der Metropolregion Bremen-Oldenburg, in anderen Bundesländern sowie auf Bundesebene.

#### **Stand der Umsetzung:**

- Die Zahl der Schülerfirmen-Gründungen hat in den letzten Jahren weiter zugenommen (derzeit 68 in Bremen).
- Kooperation in der Metropolregion: Zusammen mit dem Institut für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg wurde ein Portal für Schülerfirmen zur Entwicklung ökonomischer Grundkenntnisse entwickelt sowie eine Plattform für Maritime Wirtschaft und Logistik.
- Im Rahmen des Programms NFTE (Vermittlung von Unternehmerischem Denken und Handeln) sind von 2008–11 Lehrerfortbildungen durchgeführt worden.
- Der Schülerfirmen-Award für Schülerfirmen, die sich für faires ökonomisches, ökologisches und soziales Handeln engagieren, wurde 2011 erstmals ausgeschrieben.

Organisationen und Unternehmen der bremischen Wirtschaft en-

gagieren sich in vielfältiger Weise bei der Vermittlung unternehmerischen Wissens und Denkens an Schulen. Hervorzuheben ist die von den Unternehmensverbänden im Lande Bremen initiierte Veranstaltungsreihe »Berufsorientierungstournee«, bei der Lehrkräfte und Berufsberater Ausbildung und Arbeit in verschiedenen Betrieben vor Ort kennenlernen. Ein weiteres Beispiel ist die MINT-Initiative zur Stärkung der Schülermotivation für MINT-Fächer, in der Unternehmen, Kammern und Verbände mit dem Landesinstitut für Schule (LIS) und der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit zusammenarbeiten.

#### **Empfehlungen zur weiteren Umsetzung:**

Das Instrument der Schülerfirmen bietet vielfältige Möglichkeiten der Kooperation zwischen Unternehmen und Schulen. Senat, Kammern, Verbände und Medien sollten die Zusammenarbeit mit dem LIS und ihre Unterstützung konkreter Projekte weiter stärken.

- Zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung sollten Möglichkeiten zur Förderung von wirtschaftsorientierten Qualifizierungsprojekten zwischen Kammern und Verbänden der Wirtschaft und dem LIS entwickelt werden.
- Projekte und Veranstaltungen im Bereich Schule und Wirtschaft verdienen größere öffentliche Aufmerksamkeit und kommunikative Unterstützung durch Politik, Wirtschaft und Medien – nicht zuletzt

zur Stärkung der Motivation von Schülern und Lehrern.

#### **Zusammenfassung:**

Die Evaluierungsergebnisse dokumentieren einen beachtlichen Stellenwert der Mittelstandspolitik im Land Bremen.

Die Analyse der Umsetzung der einzelnen Empfehlungen der Mittelstandsenquête zeigt jedoch, dass nicht alle Themenfelder mit derselben Konsequenz verfolgt wurden. So sind im Bereich der Realsteuern die Empfehlungen (Hebesatzsenkung bzw. Festschreibung) nicht umgesetzt worden. Vielmehr wird aktuell eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes in der Stadtgemeinde Bremen vom Senat vorbereitet.

In anderen Themenfeldern sind die Empfehlungen dagegen weitgehend bis vollständig umgesetzt worden; hier sind insbesondere *Entrepreneurship Education*, Technologietransfer und Eigenkapital-sicherung zu nennen.

Neben den dargestellten Entwicklungen bestimmen übergreifende Standortbedingungen die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands im Land Bremen. In den letzten Jahren haben die finanzpolitischen Sanierungsbemühungen, darunter vor allem der rückläufige Investitionshaushalt, die Gestaltungsmöglichkeiten der Standortpolitik zunehmend eingeschränkt. Die Folgen für die Standortqualität werden erst mit Verzögerung in vollem Umfang sichtbar werden.

# Feed|back

Die Ergebnisse dieser Studie, die sorgfältig alle Politikfelder der damaligen Enquetes überprüft hat, bieten eine belastbare, sachliche Grundlage für eine erneute politische Diskussion.

Text: Dr. Matthias Fonger, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Bremen

Mittelstandspolitik ist Standortpolitik und als solche Gradmesser für die Wirtschaftsfreundlichkeit von Politik und Verwaltung allgemein. Dies war im Jahr 2002 gemeinsame Auffassung nicht nur der Handelskammer Bremen, der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven sowie der Unternehmensverbände im Lande Bremen, sondern zum Beispiel auch des Wirtschaftsensors, die gemeinsam mit weiteren Partnern in den Jahren 2002 bis 2007 die Erarbeitung von zwei Mittelstandsenquetes in Auftrag gegeben hatten. Sie umfassten überregionale Benchmark-Analysen und leiteten daraus wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen ab. Damit wurde eine tragfähige Basis für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen im Land Bremen geschaffen.

Gerade jetzt braucht es aber wieder neue Impulse, denn der Standortwettbewerb wird kontinuierlich härter und es verbreitet sich in der Wirtschaft der Eindruck, dass viele Maßnahmen aus den beiden Enquetes auf halbem Wege stecken geblieben sind.

Bremen ist ein Haushaltsnotland. Die dringend notwendige Haushaltssanierung kann nur durch konsequente Ausgabenreduzierung auf der einen und nachhaltige Einnahmesicherung auf der anderen Seite erreicht werden. Letzteres ist nur mit der Wirtschaft und mit Wirtschaftswachstum möglich, aus dem Steuereinnahmen generiert werden. Der im Vergleich zu großen, internationalen Konzernen standorttreuere Mittelstand trägt zum Steueraufkommen erheblich bei. Im Sinne dieser Logik gilt es, die Standortfaktoren für den Mittelstand und die Wirtschaft insgesamt wettbewerbsfähig zu gestalten und zu halten, um dann die Früchte einer prosperierenden Wirtschaft zu ernten.

Da dieser simple Zusammenhang in manchen politischen Debatten zu leicht vergessen wird, ist es den drei – oben zuerst genannten – Auftraggebern der Evaluierung ein wichtiges Anliegen, die Belange des Mittelstandes wieder deutlich stärker in den Fokus politischer Entscheidungen zu rücken. Die Ergebnisse dieser Studie, die sorgfältig alle Politikfelder der damaligen

Enquetes überprüft hat, bieten eine belastbare, sachliche Grundlage für eine erneute politische Diskussion. Sie bestätigt leider manche Befürchtungen, honoriert aber auch Erfolge und leitet aus beidem Handlungsempfehlungen ab. Die Beauftragung des HWWI Bremen bot sich für uns an, da das Institut auf einer guten Kenntnis der lokalen Strukturen aufsetzen, zugleich aber auch mit Distanz und Objektivität Bewertungen vornehmen konnte. Beides stützt die Glaubwürdigkeit der Argumente, die wir nun in die politische Debatte einspeisen werden.

# HWWI INSIGHTS

## im Gespräch mit Prof. Dr. ...

Stefan Kolev

### **Warum hast Du Dich damals für eine Promotion entschieden?**

Ich hatte nach meinem Studium einfach nicht das Gefühl, dass ich die Volkswirtschaftslehre »wirklich« verstanden habe. Das Studium hatte vielfach eher offene Fragen als fertige Antworten hinterlassen. Nach einem Jahr auf dem Gebiet der quantitativen Makroökonomie hatte ich das Glück, auf mein endgültiges Thema auf dem Gebiet der Theoriegeschichte zu stoßen, nämlich wie bedeutende liberale Ökonomen des 20. Jahrhunderts über die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik nachgedacht haben.

### **Selbstkritisch: Hat Dein Promotionsthema wirtschaftspolitische Relevanz?**

Ich hoffe es sehr. Es ging mir in der Dissertation um zwei Fragen: Auf einer ersten Ebene wollte ich abstrakte Leitbilder über einen der Ordnungspolitik verpflichteten Staat herausarbeiten. Auf einer zweiten Ebene habe ich die konkrete Positionierung der Autoren auf den Gebieten der Konjunktur-, Währungs-, Wettbewerbs- und So-

zialpolitik mit ihren einzelnen Begründungen untersucht. Auch »alte« Theorien können für die heutige Politik Inspiration und Orientierung bieten, da bin ich ganz sicher.

### **Wie schätzt Du heute die beruflichen Aussichten für promovierte Volkswirte ein?**

Sehr positiv. Ökonomen sind vielfältig einsetzbar, ob in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Politikberatung etc. Während der Promotion hat man die Möglichkeit, intellektuell zu wachsen und seinen analytischen Verstand weiter zu schärfen, ganz unabhängig vom konkreten Thema. Die momentane Krise ist Gefahr und Chance zugleich: Zwar hat das Image der Zunft massiv gelitten, gleichzeitig wird aber ökonomisches Denken mehr denn je gefragt sein, solange wir die Probleme nicht überwunden haben.

### **Wie hast Du Promotion, Deine beruflichen Aufgaben im HWWI und ggfs. Familie unter einen Hut gebracht?**

Das war nicht immer einfach. Da ich beim Aufbau unserer Thüringer

Zweigniederlassung und des dortigen Wilhelm-Röpke-Instituts involviert war (und bin), waren Reisen nach Erfurt sehr häufig auf dem Programm. Dazu die stipendiatische Selbstorganisation der mich fördernden politischen Stiftung, außerdem Konferenzen, Forschungsreisen usw. Vor lauter interessanten Ablenkungen ist es nicht immer ganz einfach, die Dissertation stets im Auge zu behalten.

### **Was kommt jetzt?**

An der Universität hat man heute als Ordnungsökonom, der sich für Theoriegeschichte interessiert, nicht die besten Karten. Das war mir bei meiner Themenwahl bewusst. So habe ich mich früh in Richtung Fachhochschule orientiert und versucht, während der Promotion viel Lehrerfahrung zu sammeln. Kurz nach der Promotion hatte ich dann die große Chance, als Professor für Wirtschaftspolitik an die Hochschule in Zwickau berufen zu werden, zeitgleich wurde ich Geschäftsführer des Wilhelm-Röpke-Instituts.

# Der neue Methodenstreit und die alten Staatswissenschaften

oder: Immanuel Kant und das New Economic Thinking

Text: Joachim Zweynert



Die Wogen des neuerlichen oder auch »dritten« Methodenstreits haben sich geglättet, der Streit über die Ordnungsökonomik scheint beigelegt, die Ökonomen-Zunft zum Tagesgeschäft zurückgekehrt zu sein.

Aber von Ruhe kann keine Rede sein. Gerade in jüngster Zeit haben sich vermehrt international renommierte Ökonomen mit Vorschlägen zu Wort gemeldet, wie die Volkswirtschaftslehre jene methodischen Defizite überwinden könne, die ihr offensichtlich die Erkenntnis der Wirtschaftswirklichkeit erschweren.

Die Methodendiskussion ist also in vollem Gange, doch sie hat eine neue Etappe erreicht. Bei der Auseinandersetzung des Jahres 2009 handelte es sich vornehmlich um eine auf nationaler Ebene geführte Diskussion um die Frage des Überlebens einer traditionellen deutschen Forschungsrichtung, der Ordnungsökonomik. Nun geht es allgemein um die Zukunft der Volkswirtschaftslehre, und diese Diskussion hat ihren Ausgang von den USA genommen, wo sich inzwischen unter anderem ein Institute for New Economic Thinking etabliert hat. Nichts wäre aber verkehrter, als die erste Diskussion vorschnell als »deutsch und rückwärtsgewandt« und die zweite als »international und zukunftsgerichtet« abzustempeln. Denn bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die aktuelle, internationale Diskussion zu genau jenen Fragen führt, die im Mittelpunkt einer deutschsprachigen staatswissenschaftlichen Forschungstradition standen, zu der auch die Ordnungsökonomik gehört.

## Die Naturwissenschaften: ein zweifelhaftes Vorbild

Wenn es in der aktuellen Diskussion so etwas wie einen gemeinsamen Nenner gibt, so lautet er: Der Kardinalfehler der neoklassischen Volkswirtschaftslehre – vor allem in der Form, wie sie von Paul Samuelson (1947) begründet worden ist – bestehe darin, dem Vorbild der Naturwissenschaften, vor allem der Physik, nachzueifern.

Das Streben nach (scheinbarer) Exaktheit habe die Ökonomen dazu verleitet, Gesellschaften als Ansammlung voneinander isolierter Individuen zu modellieren, deren Verhalten sich auf rationale Kosten-Nutzen-Kalküle zurückführen lässt, und die weder miteinander kommunizieren noch irgendwelche Gefühle füreinander hegen. Mit diesem Verständnis von Mensch und Gesellschaft hat die moderne Verhaltensökonomik inzwischen auch empirisch – und das ist wichtig, um Ökonomen zu überzeugen – gründlich aufgeräumt. Sie hat den Volkswirten nachdrücklich in Erinnerung gerufen, dass auch die Ökonomik eine Sozialwissenschaft ist, und dies in einem elementaren Sinne: Wirtschaftliche Interaktion zwischen Menschen vollzieht sich nun einmal in erster Linie in einer von Menschen teils bewusst, teils unbewusst geschaffenen Welt aus Regeln, Gesetzen, Bräuchen und stillschweigenden Übereinkünften. Diese Welt der Institutionen existiert hauptsächlich in den Köpfen der Menschen, und sie funktioniert nur dann, wenn Menschen sich füreinander interessieren, miteinander kommunizieren und sich immer wieder neu über bestimmte (Re-)Interpretationen ihrer sozialen Umwelt verständigen.

## Ein gemeinsamer Nenner: Regeln bestimmen das Wirtschaften

Genau die hier berührte Frage, wie eigentlich eine soziale Ordnung aus der spontanen Interaktion der Individuen entstehen kann und an welche emotionalen und kognitiven Voraussetzungen dies geknüpft ist, war bereits Gegenstand des philosophischen Hauptwerks von Adam Smith, seiner *Theory of Moral Sentiments* aus dem Jahre 1759. Nachdem sie von der Ökonomen-Zunft für rund 250 Jahre weitgehend ignoriert wurde, feiert sie heute im Rahmen der Verhaltensökonomik und der Neuro-Ökonomik ein erstaunliches Comeback. Auf den ersten Blick paradox, lässt sich eine direkte Linie von Smith zur deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Tradition ziehen. Denn in der angelsächsischen Welt brach bereits David Ricardo (1817) mit der durch Smith begründeten moralphilosophischen Grundlage der Volkswirtschaftslehre und ebnete einer ►

mathematisch-naturwissenschaftlichen Fundierung den Weg (Samuelson war in diesem Sinne lediglich der Vollender Ricardos). Genau dies sah man – vor allem unter Verweis auf Kants Postulat der Willensfreiheit (Kant und Smith pflegten übrigens einen intensiven Austausch) – im deutschsprachigen Raum immer kritisch. Bei allen, zum Teil erheblichen Unterschieden bestand ein gemeinsamer Nenner von Friedrich List, Karl Marx, den Historischen Schulen, Max Weber, Friedrich August von Hayek und eben der Ordoliberalen darin, dass das wirtschaftliche Verhalten von Menschen nicht als durch Naturgesetze bestimmt ansahen, sondern vor allem durch von Menschen – ob bewusst oder unbewusst – geschaffene Regeln und Konventionen. Wenn das so ist, dann muss sich ein Hauptaugenmerk der Volkswirtschaftslehre darauf richten, wie Regeln entstehen und sinnvoll beeinflusst werden können. Gesellschaftliche Regeln aber wurzeln stets in der Kultur und den ideationalen Traditionen einer Gesellschaft, sie reflektieren die politische Ordnung, und sie werden durch das rechtliche System implementiert und durchgesetzt. Entsprechend dieser ausgeprägten Bewusstheit um die institutionelle Kontextualität des Wirtschaftens war die deutschsprachige Volkswirtschaftslehre immer ein Teil der übergeordneten Staatswissenschaften, die in der Regel Wirtschaft, Recht, Politik, Geschichte und Soziologie einschlossen.

## PPÖ und die Renaissance der Staatswissenschaften

Angesichts der offenkundigen Probleme, die eine hochgradige Spezialisierung und Wissensteilung zwischen und innerhalb der Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften mit sich bringen, erleben die Staatswissenschaften heute in Deutschland – zum Teil unter der traditionellen Bezeichnung, häufiger aber unter dem aus Großbritannien importierten Label »Philosophie, Politik und Ökonomik« (PPÖ) – eine eindrucksvolle Renaissance. Letztlich geht es dabei, wie bereits bei Adam Smith, darum, das Wirtschaften in seinem philosophischen und politischen Kontext zu begreifen. Die Tradition der Ordnungsökonomik gehört ihrer Entste-

hung wie ihrem Forschungsprogramm nach eindeutig in die deutsche staatswissenschaftliche Tradition. Innerhalb der Volkswirtschaftslehre gibt es keine andere Strömung, die ein vergleichbares Maß an Anschlussfähigkeit mit den benachbarten Geistes- und Sozialwissenschaften bietet.

## Deutsche Denkansätze wiederbeleben

Es ist unstrittig, dass die alte Ordnungsökonomik den Anschluss an die internationale wirtschaftswissenschaftliche Forschung verloren hatte, weil sie es versäumt hatte, sich internationalen Einflüssen zu öffnen. Und kaum jemand wird bestreiten wollen, dass die Globalisierung des Wissenschaftsbetriebes belebend auch auf die deutsche Volkswirtschaftslehre gewirkt hat. Wirklich erfolgreich aber ist in der Globalisierung, wer sich seiner eigenen Stärken bewusst ist. Die aktuelle internationale Methodendiskussion, die einerseits durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und andererseits durch neueste verhaltens- und neuroökonomische Erkenntnisse ausgelöst worden ist, wird sehr wahrscheinlich über kurz oder lang zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel führen: Von der Ricardianisch-Samuelsonischen Welt der naturwissenschaftlichen Analogien hin zu einer anthropologisch-sozialwissenschaftlich begründeten Volkswirtschaftslehre, die die Interaktion von Menschen und die Evolution von Regelsystemen in den Mittelpunkt rückt. Neueste Ansätze auf Gebieten wie Constitutional Political Economy, Entwicklungsökonomik oder Wirtschaftsethik zielen auf das Problem der Interdependenz und Ko-Evolution von Regelsystemen ab. Dies ist exakt das Gebiet, auf dem die deutschsprachige Volkswirtschaftslehre seit jeher einen komparativen Vorteil besitzt und entsprechend Instrumente bereit hält, die in hohem Maße anschlussfähig an neue Fragestellungen sind. Insofern sind wir sehr gut beraten, wenn wir den Mut haben, unsere eigenen Traditionen – etwa im Rahmen von PPÖ-Programmen – weiterzuentwickeln und selbstbewusst in die globalen Diskurse einzubringen.

## Neue Ordnungsökonomik – eine ärztliche Perspektive

Zu der von Joachim Zweynert skizzierten Entwicklungschance in der gegenwärtigen Krise der Ökonomie  
ein Kommentar aus ärztlicher Perspektive – von Prof. Dr. med. Martin Butzlaff, Präsident der Universität Witten/Herdecke

Auch die Medizin wählte sich im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert durch eindrucksvolle wissenschaftliche Leistungen in der Grundlagen- und der Klinischen Forschung einige Jahrzehnte lang auf dem sicheren Weg, mit einem physikalisch-naturwissenschaftlichen Modell des Menschen zumindest einen großen Teil der Phänomene von Gesundheit und Krankheit erklären und behandeln zu können. Besonders hoffnungsvolle Erwartungen verbanden sich auf der molekularen Ebene mit der bis heute erfolgten Entschlüsselung des Genoms. Und obwohl die Konzentration auf die naturwissenschaftlich erfassbare Dimension des Menschen enorme Erkenntnisfortschritte bereits erbracht hat und weiterhin zeitigen wird, ist heute deutlicher als noch vor zwei Jahrzehnten:

1. Die emotionalen, sozialen und geistigen Dimensionen des Menschen sind ungleich komplexer als unsere bisherige naturwissenschaftliche Modellbildung; und:
2. einer Medizin, die vornehmlich oder ausschließlich auf die physikalisch-technischen Erkenntnisse als Fortschrittmotor setzt, laufen die

Menschen bzw. die Patienten davon – und begeben sich in die Hände von oft gänzlich unwissenschaftlich, aber menschlich sehr zugewandt arbeitenden alternativen »Heilern«.

Eine erste methodische Antwort auf diese Herausforderung ist die in den angelsächsischen Ländern Kanada, USA und England zu Beginn der 90er Jahre konzipierte so genannte »Evidenzbasierte Medizin«. Ihr theoretischer Anspruch ist die sinnvolle Verbindung von wissenschaftlichen Erkenntnissen mit individueller ärztlicher Erfahrung und den persönlichen Präferenzen des Patienten.

Übertragen auf die Ökonomie könnte dieser methodische Ansatz bedeuten: Erweitern wir die pseudoexakte Modellbildung in der Wirtschaftswissenschaft um die kostbare »Erfahrung« weiterer sozialwissenschaftlicher Disziplinen. Vor allem aber: beziehen wir die »persönliche Präferenz« des »Patienten Gesellschaft« ein, der unter anderem durch die kurzsichtigen Fehlannahmen und Fehlsteuerungen der Wirtschaftswissenschaften »erkrankt« ist. Die »Präferenz« – oder anders ausgedrückt – die verständliche Erwartung und Fragestellung

in unserer Gesellschaft ist nicht in erster Linie »Was sind die ex post und theoretisch präzise herausgearbeiteten Determinanten meiner Erkrankung?« sondern: »Was trägt zu meiner Gesundheit bei?«

Hier scheint die Wirtschaftswissenschaft bei aller erfreulich beginnenden Selbstkritik und Öffnung immer noch dem Bild des Pathologen zu entsprechen: der stellt am Ende die genaue Diagnose und behält fast immer recht – auch wenn der Patient das Zeitliche bereits gesegnet hat. Gebraucht wird – neben dem kompetenten Pathologen – jedoch ebenfalls der kurativ tätige Arzt, der auch dann hilfreich und konstruktiv zur Seite steht, wenn das Krankheitsbild des (häufig chronisch) kranken Patienten nur unzureichend mit der erlernten Lehrbuch-Theorie in Einklang zu bringen ist.

# Auf ein Wort: Stimmen aus dem Vorstand der GdFF



Stefanie von Carlsburg

»In Hamburg fängt alles, wie die Erfahrung mit so glücklichem Erfolge zeigt, bei Privatpersonen an.« Senator Abendroth, von dem diese Worte stammen, beschrieb damit die Tugend engagierter Privatpersonen bei der Gründung der Hamburger Sparkasse in einer privaten Rechtsform. Diese Unabhängigkeit hat sich das Institut bis heute bewahrt. Ähnliches gilt auch für das Engagement von Privatpersonen und Unternehmen in der GdFF, die sich für den nachhaltigen Fortbestand des HWWI als einer unabhängigen wissenschaftlichen Institution einsetzen. Ich freue mich, in diesem Sinne meinen Teil unterstützend beitragen zu dürfen.



Prof. Dr. Rolf Eggert

Als Präsident der Landeszentralbank Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg/Vorpommern kam ich quasi per Amt zu den Freunden und Förderern des HWWA. Als dann die Umstrukturierung des Instituts notwendig wurde und damit verbunden auch die staatliche Subventionierung wegfiel, durfte ich daran mitwirken, gemeinsam mit Prof. Dr. Straubhaar und dem Hamburgischen Senat eine neue Perspektive für das HWWI zu entwickeln. Insofern steht dieses neue HWWI auch für eine grundsätzliche Haltung. Wenn neue Probleme in der Wirtschaft und Gesellschaft auftauchen, nicht kapitulieren oder jammern, sondern sich diesen stellen und produktiv nach neuen Lösungen und Chancen zu suchen. Dafür steht das erfolgreiche neue HWWI und deshalb werbe ich für die Förderung und Unterstützung des HWWI.



Gunnar Geyer

Das Ziel ist klar: Mittelfristig sollten 40 % der Gesamteinnahmen des HWWI aus Spenden stammen. Dies wären rund 970 000 Euro. Im vergangenen Geschäftsjahr wurden bereits 590 000 Euro erreicht. Bei der Erreichung des Zieles setze ich insbesondere auf den Hamburger Mittelstand als strategische Förderer. Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im Vorstand und Prof. Straubhaar plane und organisiere ich die Betreuung der derzeitigen Mitglieder und die Gewinnung neuer Förderer.



———— Ian K. Karan ————

*Ehrlich gesagt: Halb trug mich Prof. Eggert als Vorstandsvorsitzender der GdFF, halb schob mich meine Ehefrau in diese Funktion. Nicht, dass ich mir unsicher über die Bedeutung des HWWI und seiner Freunde und Förderer war. Mein »Ja«, als Vorstandsmitglied mitzuwirken, fiel in eine Zeit, in der ich den Anspruch hatte, mein ehrenamtliches Engagement auf wenige, persönlich wichtige Dinge zu konzentrieren. Ich habe meine Zustimmung zu diesem Amt nicht bereut: Der Erfolg des HWWI freut mich, die Medienpräsenz verfolge ich gerne. Auch wenn ich nicht immer einer wirtschaftspolitischen Meinung bin, ist die Bedeutung des HWWI als innovativer Impulsgeber unbestritten. Und: Neue Freunde und Förderer verfolge ich bereits auch!*



———— Dr. Günther Klemm ————

*Meine langjährige Tätigkeit als Chefvolkswirt der Handelskammer Hamburg, einem Gesellschafter des HWWI, hat mir auch immer wieder verdeutlicht, dass unsere Unternehmerinnen und Unternehmer fundierte und zugleich anwendungsbezogene Expertise benötigen. Den Transfer von der Wirtschaftswissenschaft zur unternehmerischen Praxis leistet das HWWI – ohne staatliche Grundfinanzierung. Deshalb sind neben den Gesellschaftern und den Partnern des HWWI die Freunde und Förderer wichtig – und weiterhin ein Grund, mich für das HWWI zu engagieren!*



———— Dr. Franz Wauschkuhn ————

*Hamburg muss wachsende Stadt bleiben, um mit den neuen Metropolregionen in Asien mitzuhalten. Ohne das HWWI und dessen unabhängige makroökonomische Forschung würden Senat und Kammern wieder in süßen Dämmer Schlaf verfallen. Die Hamburger Wirtschaft braucht die geistige Kontroverse, um zu wachsen und sich im globalen Wettbewerb dauerhaft zu behaupten. Das HWWI und Prof. Straubhaar sind seit Jahren Motor dieses Prozesses. Vor dieser Leistung ziehe ich tief meinen Hut.*



———— Barbara Launer-Effler ————

*Beruflich steht für mich seit vielen Jahren die Unternehmensanalyse im Vordergrund. Für den Erfolg von Unternehmen kommt es maßgeblich auf das frühzeitige Erkennen volkswirtschaftlicher Entwicklungen an. Das HWWI gehört zu den ganz wenigen vollständig unabhängigen Institutionen, die mit großer Expertise ökonomische und sozio-ökonomische Trends untersuchen. Als Mitglied des Vorstands des GdFF kann ich meine in der Bank gewonnenen Kenntnisse der Unternehmensperspektive einbringen. Der Austausch zwischen Praxis und Wissenschaft ist für beide Seiten gewinnbringend.*



———— Dr. Konrad Kentmann ————

*Die Arbeit des HWWI zu fördern, ist mir ein persönliches Anliegen, da ich mich in meinem ganzen Berufsleben mit Fragen der angewandten Volkswirtschaftslehre beschäftigt habe und daher um die Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit des HWWI für die Praxis weiß. Im Vorstand der GdFF setze ich mich besonders für die Belange der strategischen Förderer ein.*

# Hamburg 2020 – Chancen nutzen, Zukunft gestalten

Hamburgs Perspektive: Viele Standortstärken, aber auch Handlungserfordernisse

Text: Nora Reich, Silvia Stiller und Ulrich Zierahn





## Deutlicher Erwerbstätigenzuwachs in der jüngeren Vergangenheit der Metropolregion Hamburg

Die Metropolregion Hamburg gehört mit 4,4 Mio. Einwohnern neben den Metropolregionen Berlin-Brandenburg, Frankfurt/Rhein-Main, München, Rhein-Ruhr und Stuttgart zu den sechs bevölkerungsreichsten Metropolregionen Deutschlands. Die wirtschaftliche Stärke und der Wohlstand der Metropolregionen drücken sich dabei insbesondere durch die Fähigkeit der Regionen aus, Arbeitsplätze bereitzustellen. Dabei konnte die Metropolregion Hamburg zuletzt die Erwerbstätigkeit deutlich stärker ausbauen als die übrigen Metropolregionen. So lag die Zunahme der Erwerbstätigkeit in Hamburg mit 6,2 % (von 2000 bis 2009) an zweiter Stelle hinter der Münchens mit 7,4 %. Zum Vergleich: Die drittplatzierte Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main erfuhr einen Zuwachs von 3,7 % (vgl. Abbildung 1 nächste Seite).

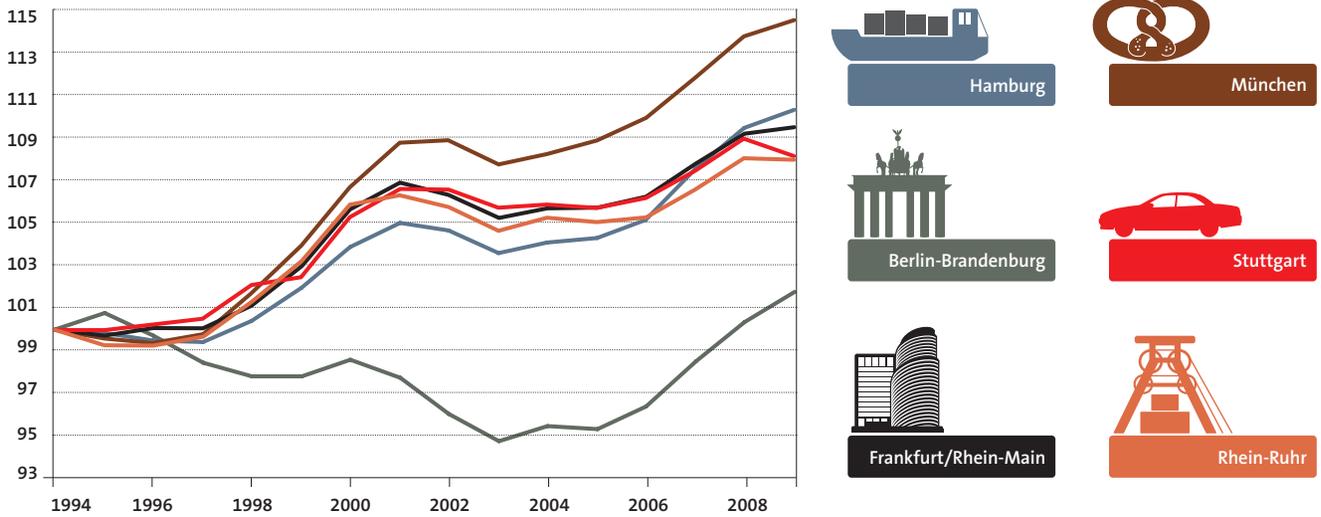
Betrachtet man jedoch den längerfristigen Trend der Metropolregion Hamburg so wird deutlich, dass Hamburg lange Zeit lediglich ein im Vergleich zu den übrigen Me-

tropolregionen unterdurchschnittliches Erwerbstätigenwachstum verzeichnete. Die im Vergleich zu den übrigen Metropolregionen überdurchschnittlichen Wachstumsraten der Erwerbstätigkeit sind erst ab etwa dem Jahr 2004 zu beobachten (vgl. Abbildung 1). Was können wir daher für die Zukunft erwarten? Wo liegen die Stärken und Schwächen Hamburgs bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen? Und was muss getan werden, um auch zukünftig eine hohe Zunahme der Arbeitsplätze zu erreichen? Um diese Fragestellung zu analysieren, hat das HWWI in Kooperation mit PricewaterhouseCoopers die Studie »Hamburg 2020 – Chancen nutzen, Zukunft gestalten« erstellt.

## Zukunftsaussichten der Metropolregion Hamburg

Im Rahmen der Studie wurde das etablierte Modell des HWWI zur Szenarienbildung für die regionale Beschäftigungsentwicklung, welches ►

Abbildung 1: Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in den Metropolregionen (Kettenindex, 1994= 100)



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011); Berechnungen HWWI. © Infografik B&E

bereits in Bräuninger et al. (2010a, 2010b, 2008) verwendet wurde, erweitert und auf die Metropolregionen angepasst. Das Modell orientiert sich an den langfristigen Entwicklungen und kommt zu dem Ergebnis, dass für die Metropolregion Hamburg eher eine Rückkehr zum Bundesdurchschnitt, der unterhalb der Wachstumsraten der dynamischen süddeutschen Metropolregionen liegt, zu erwarten ist. Die hohe Erwerbstätigenzunahme der letzten Jahre wäre damit vorüber. Was sind die Hintergründe dafür? Der Vergleich der zentralen Treiber des Erwerbstätigenwachstums der Metropolregionen verdeutlicht die Stärken, aber auch die Schwächen Hamburgs gegenüber anderen Wirtschaftsräumen.

## Wandel zur Wissensökonomie

Alle Metropolregionen stehen vor der Herausforderung des Strukturwandels hin zum Dienstleistungssektor und der Expansion der Wissensökonomie, wodurch die Bedeutung des Faktors Wissen im Produktionsprozess und in der Standortkonkurrenz zunehmen. Es ist davon auszugehen, dass der Zuwachs der Beschäftigung zukünftig vor allem in den wissensintensiven Sektoren stattfinden wird. Regionen, welche bereits jetzt stark in wissensintensiven Sektoren vertreten sind, beziehen

daraus einen Wettbewerbsvorteil. Dabei sind wissensintensive Sektoren dadurch gekennzeichnet, dass hier besonders häufig hoch qualifizierte Beschäftigte zu finden sind.

In Bezug auf die wissensintensiven Industrien kann Hamburg heute schon punkten: So liegt deren Anteil an der Industriebeschäftigung in der Metropolregion Hamburg mit 45,7 % deutlich höher als in den übrigen Metropolregionen, auch vor den dynamischeren Metropolregionen Stuttgart und München. Wichtige Standbeine sind dabei der Flugzeugbau und die Chemische Industrie. Dagegen liegt Hamburg bei den wissensintensiven Dienstleistungen mit einem Anteil von 28,9 % an den Dienstleistungsbeschäftigten zusammen mit Berlin-Brandenburg weit hinter der Konkurrenz zurück (vgl. Abbildung 2).

## Zukunftsfaktor Qualifikation

Der zentrale Input für wissensintensive Branchen sind hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Um auch zukünftig konkurrenzfähig zu sein, benötigt Hamburg deshalb genügend Fachkräfte. Die Bevölkerungsprognose bis 2020 für Hamburg fällt vergleichsweise gut aus, was vor allem auf die Zuwanderung zurückzuführen ist. Dabei hat es Hamburg in der jüngeren Vergangenheit auch

geschafft, Hochqualifizierte anzuziehen. Dennoch liegt der Anteil Hochqualifizierter an den Beschäftigten in Hamburg mit 9,9 % unter dem der übrigen Metropolregionen. Maßstäbe setzen dabei München mit 17,6 % und Frankfurt/Rhein-Main mit 13 %. Auch der Anteil von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss ist in Hamburg höher als in den meisten anderen Metropolregionen, außer Berlin-Brandenburg. Ebenfalls zeigt sich Aufholbedarf im wissensintensiven Bereich: Die Zahl der Hochschulen ist in der Metropolregion Hamburg gering, es gibt vergleichsweise wenig Studierende je 1000 Einwohner und nur durchschnittlich viele Lehrende je 1000 Studierende.

Wenn Hamburg auch in Zukunft erfolgreich sein will, muss es in der Ausbildung von Fachkräften aktiver werden und kann nicht mehr im selben Maße wie bisher darauf bauen, dass genügend Fachkräfte von außen zuwandern werden.

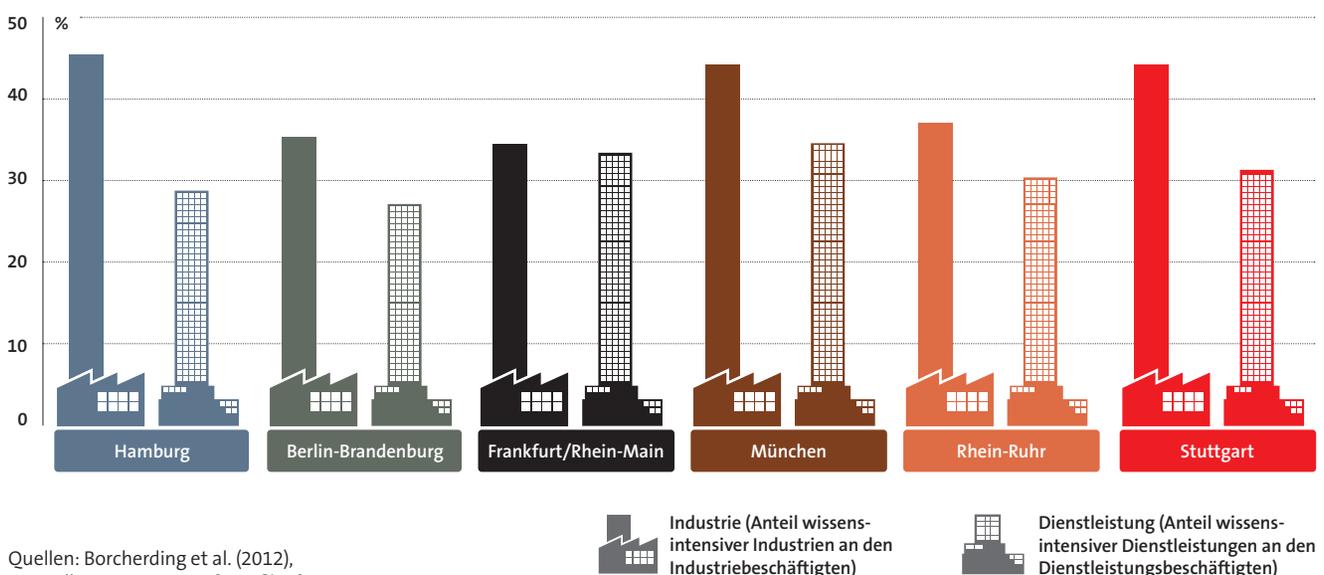
## Wissenschaft, Forschung und Entwicklung: Licht und Schatten in der Metropolregion Hamburg

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Wissenschaft. So sind die Zahl der Forschungs- und Entwicklungsbe-

schäftigten wie auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung je 1000 Erwerbstätige deutlich geringer als in den meisten anderen Metropolregionen (außer in Berlin-Brandenburg). Doch zumindest stimmt hier die Entwicklungsrichtung: Hamburg konnte sowohl die Beschäftigung als auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren deutlich stärker ausbauen als die übrigen Metropolregionen, ausgenommen dem Vorreiter Stuttgart. Im Bezug auf Forschung und Entwicklung hat Hamburg damit zugelegt, auch wenn das Niveau noch deutlich geringer ist als bei der Konkurrenz, insbesondere aus Süddeutschland.

Dabei gibt es viele Ansatzpunkte, die zukünftig positiv für die Metropolregion genutzt werden können. Die Metropolregion Hamburg kann sich durch verschiedene Standortvorteile positionieren, wie etwa den hohen Anteil der wissensintensiven Industrien und der Spezialisierung auf Sektoren wie Werbung, Marktforschung, Versicherungen oder kreative und künstlerische Tätigkeiten. Außerdem zeigt die Beschäftigungsstruktur, dass die von der Politik geförderten Clusterinitiativen in vielen Facetten den Spezialisierungsvorteilen der Metropolregion entsprechen. Wenn Hamburg jedoch nicht an seiner Wettbewerbsfähigkeit – insbesondere in Bezug auf Bildung, Wissenschaft und Forschung – arbeitet,

Abbildung 2: Anteil wissensintensiver Sektoren in den Metropolregionen (2010)



so ist zu befürchten, dass die Metropolregion Hamburg wieder auf ein durchschnittliches Wachstum zurückfällt. Die Politik ist gefordert, hier die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Wenn dies gelingt, kann die Metropolregion Hamburg auch zukünftig ein überdurchschnittliches Wachstum realisieren.

## Handlungsfelder für die Zukunft Hamburgs

Die Studie hebt hervor, wo die Stärken und Schwächen Hamburgs liegen und was getan werden muss, damit die Metropolregion auch in Zukunft wettbewerbsfähig ist. Aus den Stärken und Schwächen Hamburgs werden vier Handlungsfelder deutlich:

### **Förderung von Forschung und Entwicklung**

Der Vergleich der Metropolregionen zeigt, dass die Metropolregion Hamburg deutlichen Aufholbedarf hinsichtlich der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten hat. Eine Erhöhung der Zahl der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung sowie eine Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen der Industrie, der wissensintensiven Dienstleistungsbranchen und des öffentlichen Sektors sind deshalb unverzichtbar, um die Position der Metropolregion als Standort für wissensintensive Wirtschaftszweige weiter zu verbessern.

Gleichzeitig besteht in der Metropolregion Hamburg Handlungsbedarf angesichts der geringen Zahl von Großforschungseinrichtungen und universitären Sonderforschungsbereichen sowie von Bewilligungen in der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder. Es ist als Standortnachteil zu bewerten, dass es in Hamburg bisher keinen Forschungspark gibt, in dem Unternehmen und öffentliche Akteure in räumlicher Nähe zueinander angesiedelt sind und beispielsweise in Forschungsprojekten kooperieren.

Eng verbunden mit universitätsnahen Forschungsparks sind sogenannte Spinoffs – Unternehmensgründungen aus Forschungsinstituten an den Universitäten. An dieser Schnittstelle gibt es große Potenziale für die Entstehung von wissensbasierten Arbeitsplätzen, daher sollten sie aktiv unterstützt werden.

### **Sicherung von Fachkräften: Potenziale heben und Zuwanderer anziehen**

Für die Metropolregion Hamburg besteht angesichts des fortschreitenden wissensbasierten Strukturwandels Handlungsbedarf zur Sicherung des zukünftigen Arbeitskräfteangebots in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Zwar wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum Jahr 2020 durch Zuwanderung voraussichtlich weiter wachsen, jedoch nur in geringem Umfang. Die prioritären Handlungsstrategien in Reaktion auf die demografischen Herausforderungen sind eine Erhöhung des Angebots an Arbeitskräften in allen Altersklassen – insbesondere an qualifizierten Fachkräften – sowie die Steigerung der Produktivität. Hierzu sind Maßnahmen geeignet, welche die Erwerbsquoten und das Arbeitszeitvolumen steigern, das Qualifikationsniveau der Erwerbspersonen in allen Altersklassen erhöhen sowie die Zuwanderung in die Metropolregion fördern.

Damit fallen in dieses Handlungsfeld Maßnahmen wie etwa die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung), Investitionen in die Schul-, Ausbildungs- und Hochschulinfrastruktur (zur Verbesserung der Bildung) und Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der Stadt für Zuwanderer aus dem In- und Ausland. Die Attraktivität wird dabei nicht nur durch die sogenannten weichen Standortfaktoren beeinflusst. Für Zuwanderer aus dem Ausland ist darüber hinaus die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen zentral. Hier sind Politik und Wirtschaft gleichermaßen gefragt.

### **Nutzung der Vorteile funktionaler Arbeitsteilung**

Die Stadt Hamburg zeichnet sich dadurch aus, dass sie bestimmte Funktionen für die Unternehmen in anderen Teilen der Metropolregion bereitstellt. Dazu gehören Entscheidungs- und Kontrollfunktionen (zum Beispiel die Anwesenheit von Unternehmenszentralen), Innovationsfunktionen (zum Beispiel Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und Universitäten) sowie Gateway-Funktionen (zum Beispiel Zugang zu Wissen und überregionaler Infrastruktur). Die Bereitstellung und Weiterentwicklung dieser Funktionen in der Stadt Ham-

burg begünstigt auch im Umland die Ansiedlung solcher Unternehmen, für welche diese Funktionen große Bedeutung haben.

Umgekehrt ist auch das Umland für die Stadt Hamburg als Arbeitskräftepool (über Pendlerverflechtungen) und als Flächenreservoir für flächenintensive Sektoren von hoher Bedeutung: Metropole und Umland sind aufeinander angewiesen. Durch die Arbeitsteilung zwischen Metropole und Umland können die Vorteile der Agglomeration besser genutzt werden. Dafür ist zentral, dass die Stadt Hamburg ihre Funktionen als Metropole qualitativ hochwertig bereitstellt. Zur Qualitätssteigerung der Metropolfunktion tragen beispielsweise Maßnahmen bei, welche die Ansiedlung von spezialisierten Unternehmensdienstleistern und Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in der Hansestadt Hamburg begünstigen, die Universitäten und Bildungseinrichtungen stärken, den Wissensaustausch in der Metropolregion forcieren sowie den Zugang zu Märkten durch Messen und Ausstellungen verbessern. Zu den Metropolfunktionen gehört auch die Bereitstellung von regionaler und überregionaler Infrastruktur. Die regionalen Verkehrsverbindungen sollen durch kurze Fahrtzeiten die Mobilität zwischen Stadt und Umland fördern, so dass die Metropolfunktionen auch im Umland zur Verfügung stehen.

## Öffentliche Resonanz der Studie

Die Studie »Hamburg 2020 – Chancen nutzen, Zukunft gestalten« wurde im Februar dieses Jahres in einem Pressegespräch von den Autoren des HWWI und bei PricewaterhouseCoopers exklusiv dem Hamburger Abendblatt präsentiert. Der Artikel »HWWI und PWC-Studie: ‚Hamburg verliert an Dynamik‘ « erschien am 21. Februar 2012 im Hamburger Abendblatt. Die Studie ist die jüngste von mehreren regionalökonomischen Analysen, in denen das HWWI-Prognosemodell zur Berechnung der zukünftigen regionalen Erwerbstätigkeit Anwendung fand. Weitere Studien sind beispielsweise das »Gutachten zu den wirtschaftlichen Grundlagen für die Prognose des Luftverkehrsaufkommens am Verkehrsflughafen München« (Bräuninger

et al. 2010a) sowie die Analysen »Arbeitsplätze der Zukunft« für »Deutschland 2018« (Bräuninger et al. 2008) und »Deutschland 2020« (Bräuninger et al. 2010b). Alle Publikationen stießen auf großes Interesse in der Wirtschaft und bei regionalen Akteuren aus Organisationen, Verwaltung und Politik. Zahlreiche Akteure nahmen im Nachgang der Veröffentlichung Kontakt zum HWWI auf, um die Ergebnisse und Lösungsvorschläge der Studien zu diskutieren und Hintergrundinformationen zu erfragen.

---

### Literaturhinweise:

Studie: Stiller, S.; Borchering, A.; Hansen, T.; Reich, N.; Zierahn, U. (2012): Hamburg 2020 – Chancen nutzen, Zukunft gestalten, Herausgegeben von PwC in Kooperation mit dem HWWI, Hamburg.

Bräuninger, M.; Schlitte, F.; Stiller, S.; Zierahn, U. (2008): Deutschland 2018 - Die Arbeitsplätze der Zukunft, Herausgegeben von PricewaterhouseCoopers und HWWI, Frankfurt am Main/Hamburg.

Bräuninger, M.; Biermann, F.; Hinze, J.; Matthies, K.; Schlitte, F.; Stiller, S.; Vöpel, H. (2010a): Gutachten zu den wirtschaftlichen Grundlagen für die Prognose des Luftverkehrsaufkommens am Verkehrsflughafen München, Gutachten im Auftrag des Luftamtes Südbayern, Hamburg.

Bräuninger, M.; Schlitte, F.; Stiller, S.; Zierahn, U. (2010b): Deutschland 2020 – Die Arbeitsplätze der Zukunft, Herausgegeben von PricewaterhouseCoopers und HWWI,

# Feed|back

Die spezielle Verbindung aus Regional- und Wirtschaftskompetenz des HWWI führt immer wieder zu wertvollen Erkenntnissen. Die Analysen unterstützen unsere Berater und Kunden dabei, ein gemeinsames Verständnis von den Chancen und Risiken der Geschäftsfelder zu entwickeln.

Andreas Borchering, Partner, PricewaterhouseCoopers AG

Mit »Hamburg 2020 - Chancen nutzen, Zukunft gestalten« verbinden wir die bewährte Szenarioanalyse zur künftigen Entwicklung der Metropolregion Hamburg mit den konkreten Handlungsspielräumen von Politik und Wirtschaft. Bereits 2011 hatte unsere gemeinsam mit dem HWWI erstellte bundesweite Studie »Deutschland 2020« zur Entwicklung der Erwerbstätigen große öffentliche Aufmerksamkeit im Land erregt und auch in Hamburg die Frage auf die Agenda gesetzt: Wie kann die Stadt und die Metropolregion noch attraktiver für Arbeitnehmer werden? In vielen Gesprächen wollte man mehr von uns über die Situation in Hamburg und das Umland wissen. Zentral war dabei immer die Frage: Wie können wir in der Metropolregion Hamburg noch besser werden? Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, uns die Ausgangsbasis und die Entwicklungspotentiale der Metropolregion Ham-

burg noch einmal im Detail anzusehen und haben diese Studie in bewährter Zusammenarbeit zwischen dem HWWI und PwC erstellt.

Als führende Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft in Deutschland und Hamburg haben wir selbst ein starkes Interesse an einer positiven Entwicklung der Metropolregion. Hamburg liegt uns am Herzen, und wir möchten mit der Studie unseren Beitrag dazu leisten, dass Hamburg auch in Zukunft mit an der Spitze ist und sich im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland überdurchschnittlich entwickelt.

In der Studie stellen wir zunächst die Ist-Situation dar. In verschiedenen Szenarien prognostizieren wir die Erwerbstätigenentwicklung und geben konkrete Handlungsempfehlungen dazu, wie die Potentiale der Metropolregion Hamburg gehoben und realisiert werden können. Das Wachstumsszenario

zeigt dabei die Möglichkeit eines beeindruckenden zusätzlichen Wachstums der Erwerbstätigen in der Region. Gelingt es, den Anteil Hochqualifizierter weiter zu steigern, dann kann das in unserer Prognose gute Wachstum bis 2020 um mehr als ein Viertel zusätzlich gesteigert werden. Wie dies zu erreichen ist, stellen wir in einer Reihe von Handlungsoptionen für Politik und Wirtschaft dar und verstehen diese Punkte als unseren Beitrag zu einer Diskussion um den besten Weg der Metropolregion Hamburg in eine weiterhin erfolgreiche Zukunft.

# HWWI INSIGHTS

## im Gespräch mit Dr. ...

Friso Schlitte

### **Warum hast Du Dich damals für eine Promotion entschieden?**

Ich habe bereits als Student die empirische Wirtschaftsforschung im damaligen Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) unterstützt. Die Arbeit hat mir großen Spaß gemacht, sodass ich die Möglichkeit zur Promotion am HWWI gerne ergriffen habe.

### **Selbstkritisch: Hat Dein Promotionsthema wirtschaftspolitische Relevanz?**

In meiner Dissertation habe ich mich mit regionalen Unterschieden bezüglich Einkommen und Beschäftigung beschäftigt. Erkenntnisse über die Entwicklung räumlicher Unterschiede und den Faktoren regionaler Wachstumsprozesse sind beispielsweise auf europäischer Ebene im Rahmen der Kohäsionspolitik relevant. Auch in Deutschland bestehen erhebliche regionale Unterschiede (beispielsweise zwischen Ost und West). Die Frage, in welchem Maße und auf welche Weise Transfermittel für die Unterstützung strukturschwacher Regio-

nen eingesetzt werden sollen, wird auch zukünftig nicht so schnell an Bedeutung verlieren.

### **Wie schätzt Du heute die beruflichen Aussichten für promovierte Volkswirte ein?**

Der »typische« Arbeitsmarkt für Volkswirte ist vielleicht nicht besonders groß. Damit meine ich beispielsweise, dass Stellenangebote, in denen explizit nach Volkswirten gefragt wird, nicht besonders häufig vorkommen. Grundsätzlich denke ich aber, dass Volkswirte aufgrund ihrer analytischen Denkweise und des vertrauten Umgangs mit Zahlen gute Chancen haben, auch in Bereichen zu arbeiten, die nicht direkt eine volkswirtschaftliche Tätigkeit beinhalten.

### **Wie hast Du Promotion, Deine beruflichen Aufgaben im HWWI und ggfs. Familie unter einen Hut gebracht?**

Die Promotion, neben den Aufgaben im HWWI und den Anforderungen an einen Familienvater mit mittlerweile zwei kleinen Kindern,

voranzutreiben ist sicher nicht immer einfach gewesen. Dabei hat mir sehr geholfen, dass das HWWI die größtmögliche Flexibilität in Bezug auf Arbeitszeiten und auch den Arbeitsort (also die Möglichkeit zum *home-office*) bietet.

### **Was kommt jetzt?**

Zunächst habe ich einen noch zwei Jahre laufenden Vertrag mit dem HWWI, der unter anderem an ein sehr interessantes FP7-Forschungsprojekt der EU geknüpft ist. Anschließend wird wohl eine Richtungsentscheidung fallen, bei der die Perspektiven in der Forschung gegen andere Möglichkeiten abgewogen werden müssen.

# Wissenschaftliche Erfolge von (ehemaligen) HWWI-Angehörigen

Die Arbeit von Forscherinnen und Forschern des HWWI wird mit Berufungen, Promotionen, Auszeichnungen und Publikationen wahrgenommen und gewürdigt. Im Folgenden präsentieren wir eine Auswahl der wissenschaftlichen Erfolge.



Die hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen zeigen folgende Berufungen:

**Prof. Dr. Katharina Michaelowa** – seit September 2006 Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.

**Prof. Dr. Matthias Busse** – seit März 2009 Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Ruhr-Universität Bochum.

**Prof. Dr. Michael Bräuninger** – seit Dezember 2009 Professor der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

**Prof. Dr. Ingrid Ott** – seit Februar 2010 Professorin für Wirtschaftspolitik am Karlsruher Institut für Technologie (KIT).

**Prof. Dr. Alkis Henri Otto** – seit März 2010 Professor der HSBA Hamburg School of Business Administration.

**Prof. Dr. Henning Vöpel** – seit März 2010 Professor der HSBA Hamburg School of Business Administration.

**Prof. Dr. Stefan Kolev** – seit März 2012 Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Westsächsischen Hochschule Zwickau.

**Prof. Dr. Torben Kuhlenkasper** – seit April 2012 Juniorprofessor für Angewandte Ökonometrie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.



Folgende Preise und Auszeichnungen gingen an unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler:

**Dr. Max F. Steinhardt** wurde im Rahmen des Warsaw International Economic Meeting 2007 mit dem Best Paper Prize für Young Economists prämiert. Seine Diplomarbeit zum Thema »Arbeitsmarkt und Migration – eine empirische Analyse der Lohn und Beschäftigungseffekte der Zuwanderung für Deutschland« wurde darüber hinaus in der Kategorie »Diplom-/Magisterarbeit« mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2007 des Statistischen Bundesamtes ausgezeichnet.

**Dr. Andreia Tolciu** wurde im Juni 2010 der Preis für die beste Dissertation im Bereich der Volkswirtschaftslehre von den Fachbereichen Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre der Universität Hamburg verliehen.

**Prof. Dr. Henning Vöpel, Prof. Dr. Thomas Straubhaar und ihre Studierenden der HSBA Hamburg School of Business Administration** wurden im Juli 2011 mit dem mit 7 500 Euro dotierten 4. Platz beim Postbank Finance Award zum Thema »Stabilisierung der Europäischen Währungsunion und Implikationen für Private Geldanlage« ausgezeichnet.

**Dr. Christina Boll** wurde im Juli 2011 der Deutsche Studienpreis 2011 der Körber-Stiftung verliehen. Für ihre Arbeit mit dem Titel »Kinder – wertvoll für die Ge-

sellschaft, aber zu teuer für die Mütter. Geburtsbedingte Lohneinbußen in Euro und Cent und was Unternehmen und Staat dagegen tun können« erhielt sie den Zweiten Preis in der Sektion Sozialwissenschaften.

**Ulrich Zierahn** erhielt Ende Februar 2012 den Edwin-von-Böventer-Preis 2012 der Gesellschaft für Regionalforschung für seinen Vortrag auf dem 48. Winterseminar in Neukirchen am Großvenediger (Österreich) zum Thema »Regionale Arbeitslosigkeit und Neue Ökonomische Geographie«.



Gegenwärtig arbeiten am HWWI rund ein Dutzend Doktorandinnen und Doktoranden an ihrer Dissertation. Die bisher erfolgreich abgeschlossenen Promotionen sind:

**Ruxandra Oana Ciobanu**, Promotion an der Universität Osnabrück zum Thema »A Stage Approach to Transnational Migration. Migrant Narratives from Rural Romania« im Februar 2009.

**Max F. Steinhardt**, Promotion an der Universität Hamburg zum Thema »The economics of migration – four empirical essays« im Dezember 2009.

**Andreia Tolciu**, Promotion an der Universität Hamburg zum Thema »The Impact of social interactions on individual labour market performance« im Dezember 2009.

**Christina Boll**, Promotion an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zum Thema »Lohneinbußen von Frauen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen. Der Schattenpreis von Kindern und dessen mögliche Auswirkungen auf weibliche Spezialisierungsentscheidungen im Haushaltszusammenhang. Eine quantitative Analyse auf Basis von SOEP-Daten« im Mai 2010.

**Torben Kuhlenkasper**, Promotion an der Universität Bielefeld zum Thema »Working Females: A Modern Statistical Approach« am November 2010.

**Stefan Kolev**, Promotion an der Universität Hamburg zum Thema »Neoliberale Leitideen zum Staat. Die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik im Werk von Walter Eucken, Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises und Wilhelm Röpke« im März 2011.

**Steffen H. Gröning**, Promotion an der Universität Hamburg zum Thema »Four essays on foreign direct investment, governance, and trade« im Dezember 2011.

**Friso Schlitte**, Promotion an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg zum Thema »Regionales Wachstum in Deutschland und Europa« im Januar 2012.

**Jan Wedemeier**, Promotion an der Universität Bremen zum Thema »Die Entwicklung der Kreativwirtschaft und deren Bedeutung für das Beschäftigungswachstum in Deutschland« im Januar 2012.



**Der wissenschaftliche Nachwuchs am HWWI wird aktuell mit folgenden Promotionsstipendien gefördert:**

**Vesela Kovacheva** wurde von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius mit einem Promotionsstipendium ausgezeichnet. Seit September 2011 promoviert sie im Doktorandenprogramm

»Settling Into Motion« und forscht zum Thema »Integration von EU-Bürgern in Deutschland am Beispiel bulgarischer Zugewanderter«.

**Mark-Oliver Teuber** wurde von der Edmund Siemers-Stiftung mit einem Promotionsstipendium ausgezeichnet. Seit Oktober 2011 promoviert er.



**In diesen renommierten Fachzeitschriften haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Laufe des letzten Jahres publiziert:**

*Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE)*

Michael Bräuninger und Andreia Tolciu: »Should I stay or should I go? Regional mobility and social capital«

*International Economics and Economic Policy*

Christina Boll: »Mind the gap – German motherhood risks in figures and game theory issues«

*Jahrbuch für Regionalwissenschaft*

Ulrich Zierahn: »The importance of spatial autocorrelation for regional employment growth in Germany«

*Journal of Economic Behavior and Organization*

Jana Stöver: »Comprehensive wealth, institutional quality and sustainable development: Quantifying the effect of institutional quality on sustainability«

*Journal of International Migration and Integration*

Max F. Steinhardt und Jan Wedemeier: »The labor market performance of naturalized immigrants in Switzerland - New evidence from the Swiss labor force survey«

*The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy*

Max F. Steinhardt: »Wage impact of immigration in Germany – New evidence for skill groups and occupations«

*Journal of Public Economics*

Max F. Steinhardt und Giovanni Facchini: »What drives U.S. immigration policy? Evidence from congressional roll call votes«

*Population Review*

Nora Reich: »Predictors of fathers' use of parental leave in Germany«

*Papers in Regional Science*

Julia Kowalewski: »Regional specialization and employment development in Germany: An analysis at the regional level«

*CESifo DICE Report*

Henning Vöpel: »Do we really need financial fair play in European club football? An Economic Analysis«

*Constitutional Political Economy*

Joachim Zweynert: »Shock therapy and the transfer of institutions: the new debate and some lessons from the post-1806 reforms in Prussia and in southwestern Germany«

*Economics Letters*

Henning Vöpel und Michael Berlemann: »Tournament Incentives and Asset Price Bubbles: Evidence from a Field Experiment«

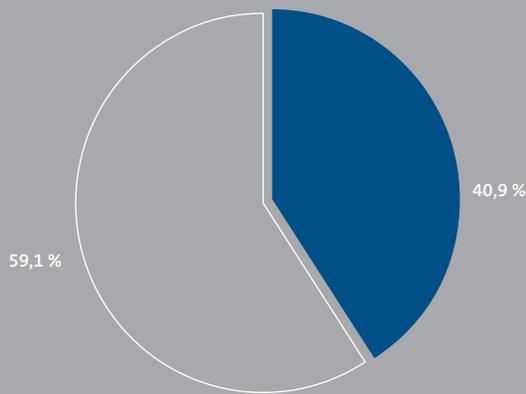
*Post-Communist Economies*

Joachim Zweynert und Achim Ahrens: »Conditionality or specificity? Bulgaria and Romania's economic transition performance in comparative perspective«

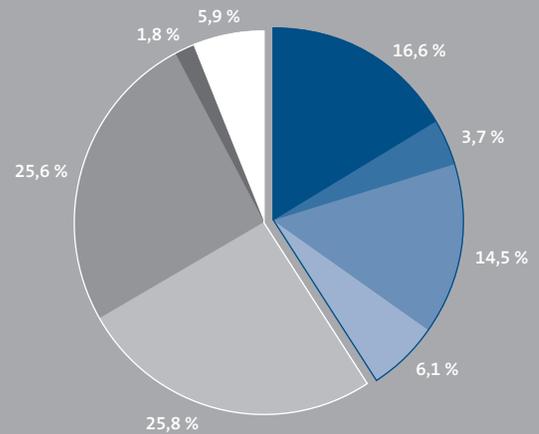
Darüber hinaus haben Forscherinnen und Forscher des HWWI ihre Forschungsergebnisse auf internationalen Konferenzen präsentiert, wie auf der Jahrestagung der European Economic Association und des Vereins für Socialpolitik.

# Daten und Fakten

## Gesamtleistung 2011

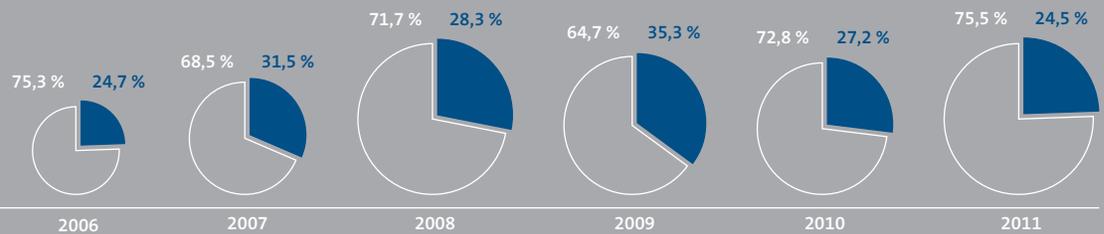


■ Strategische Partner und GdFF	987 026,89 €
□ Weitere	1 427 832,88 €
<hr/>	
Gesamtleistung 2011	2 414 859,77 €



■ Zuwendungen der strategischen Partner	400 000,00 €
■ Projektzuwendungen der strategischen Partner	89 300,00 €
■ Auftragsforschung der strategischen Partner	350 000,00 €
■ Projektzuwendungen der GdFF	147 726,89 €
■ Weitere Projektzuwendungen	622 620,76 €
■ Weitere Auftragsforschung	617 811,88 €
■ Weitere Zuwendungen	44 300,00 €
■ Sonstiges (Bestände, sonstige Erträge)	143 100,24 €
<hr/>	
Gesamtleistung 2011	2 414 859,77 €

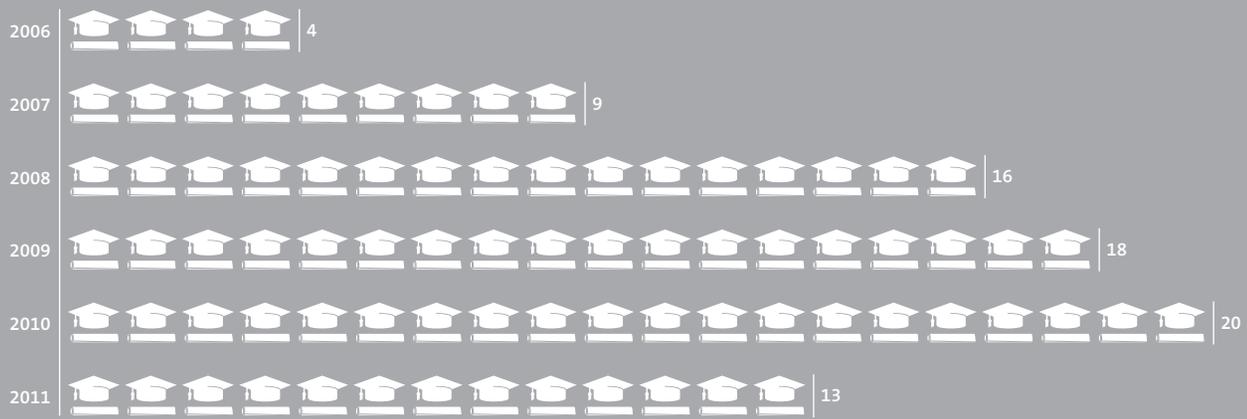
## Gesamtleistungen 2006 bis 2011



Spendenanteil inkl. GdFF	353 461,55 €	592 293,05 €	685 776,17 €	809 604,92 €	594 110,42 €	592 026,89 €
Weitere Einnahmen	1 077 230,41 €	1 290 096,65 €	1 739 405,21 €	1 485 366,28 €	1 591 011,00 €	1 822 832,88 €
<hr/>						
Gesamtleistung	1 430 691,96 €	1 882 389,70 €	2 425 181,38 €	2 294 971,20 €	2 185 121,42 €	2 414 859,77 €

■ Spendenanteil inkl. GdFF    □ Weitere Einnahmen

## DoktorandInnen



## Jahresdurchschnittlicher Personalbestand (ohne Geschäftsführung)



